

Zweites Kapitel

Die Eintracht der politischen Parteien und der Volksaufstand in Irakisch-Kurdistan

1. Die Einigung der kurdischen Widerstandsbewegung im Rahmen der „Kurdistan-Front“ (1988 – 1990)

Nach einem Jahrzehnt einer unheilvollen Zwietracht bzw. eines erbitterten Bruderkriegs und unmittelbar nach dem ersten Einsatz der chemischen Waffen durch das Baath-Regime in Kurdistan wird die Gründung eines Bündnisses zwischen allen politischen Parteien bzw. Organisationen der kurdischen Widerstandsbewegung in Irakisch-Kurdistan mit dem Namen „Kurdistan-Front“ in Erwägung gezogen. In einem Telegramm an die Vorsitzenden aller kurdischen Parteien der Widerstandsbewegung in Irakisch-Kurdistan (KDP, KSP, PASOK und KPDP) schlägt Jalal Talabani (Generalsekretär der PUK) am 22. April 1987 vor, dass sich die Vertreter dieser Parteien und ein Vertreter der ICP in den „befreiten Gebieten Kurdistans“ treffen und mit den Beratungen beginnen, um die Satzung der „Kurdistan-Front“ aufzustellen. Die Betreffenden nehmen den Vorschlag sofort an.¹ Gleich danach beginnen sie mit den Konsultationen über die Gründung der gemeinsamen bzw. einheitlichen politischen „Front“ als eine allgemeine Dachorganisation für alle Widerstandsparteien in Irakisch-Kurdistan, um den Kampf des kurdischen Volkes koordinieren und verstärken zu können. Am 18. Juli 1987 treffen sich zum ersten Mal die Vertreter der Führungen aller obengenannten Organisationen bzw. Parteien im Hauptquartier der KDP und sie beschließen die Gründung der „Kurdistan-Front“. Am 30. Juli veröffentlichen sie dann den Beschluss und präzisieren die Ziele der „Front“ in einer gemeinsamen Erklärung.

Die Zusammenkünfte und Beratungen dauern vom September 1987 bis Mai 1988. Anfang Mai 1988 – nach der Durchführung der dritten Anfal-Operation und erst nachdem die Existenz der Kurden und Kurdistans im Irak in ernsthafter Gefahr steht – beginnt die Gründungsversammlung der angestrebten gemeinsamen Front in der Region von Khwakurk, und die Gründung der „Kurdistan-Front“ wird dann zwischen sechs relevanten politischen Parteien in Irakisch-Kurdistan (KDP, PUK, KSP, PASOK, KPDP und ICP – Sektion Kurdistan) in einem gemeinsamen Kommuniqué am 6. Juni bekannt gegeben.²

Der Standpunkt der Kurdistan-Front über die kurdische Frage in Irakisch-Kurdistan und ihre Zielsetzung zu deren Lösung wird in ihrem Programm so erläutert:

„Die kurdische Frage entstand aus der Aufteilung Kurdistans und der Beschlagnahme des Rechts dessen Volkes auf Selbstbestimmung, und in Folge der Auferlegung einer Politik der kolonialistischen bzw. der nationalen Unterdrückung der kurdischen Volksmassen, die zur Plünderung der Reichtümer Kurdistans, zur Hinderung dessen wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Entwicklung und zur Beraubung der nationalen Rechte des kurdischen Volkes und dessen demokratischer Freiheiten führte.“
 [...] Die „[Kurdistan-]Front“ kämpft für: Die Anerkennung des Rechts des kurdischen Volkes in Irakisch-Kurdistan auf Selbstbestimmung [...]“³

Nach den Giftgasangriffen und der Anfal-Kampagne gerät die kurdische Widerstandsbewegung bzw. Kurdistan-Front in eine sehr kritische Lage. Die Widerstandskämpfer sind gegen C-Waffen

¹ Mustafa, 1988, S.87-94; vgl. auch „Rébazi Niwé“, Nr. 5 vom Mai 1987.

² Mustafa, 1988, S.32-38, vgl. auch Rasull, 1994, 445-446; Hariri, 1995, S.28.

Im Herbst 1990 schließen sich auch „The Democratic Assyriah Movement“ (DAM) und „Parti Zeh'metkêşani Kurdistan“, (The Toilers' Party of Kurdistan - TPK) der Front an, Furubjelke and Sheikhmous, 1991, S.13.

³ Talabani, 1986, S.36-37 [eigene Übersetzung aus dem Arabischen].

fast machtlos. Sie müssen sich Ende August 1988 deshalb weitgehend aus Irakisch-Kurdistan nach Iranisch-Kurdistan zurückziehen.¹

Aber trotz all dieser bitteren Umstände geben die Kurden ihren ständigen Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung bzw. für ihre gerechten nationalen Rechte, mit anderen Worten um ihre Freiheit und Selbständigkeit, nie für immer auf.

Im September 1988 konzentrieren sich die Kämpfe im Dreiländereck (Irak, Iran, Türkei) auf die noch von der KDP kontrollierte Region von Sidekan (Biradost). Die Widerstandskämpfer der PUK operieren in dieser Zeit hauptsächlich vom Iran in Irakisch-Kurdistan hinein. Das Hauptquartier der PUK ist aber in *Qasmereş* in Irakisch-Kurdistan (Grenzgebiet zu Iran)².

Mitte September 1988 erklärt der Generalsekretär der PUK, Jalal Talabani, in einem Interview mit der arabischen Zeitung „*Al-Tassadi*“, dass die Kurdistan-Front entschlossen ist, die Widerstandsbewegung in Irakisch-Kurdistan fortzusetzen.³

Obwohl der Iran diesmal die Unterstützung der kurdischen Widerstandsbewegung in Irakisch-Kurdistan nach dem Waffenstillstand mit Irak nicht völlig unterbricht, fürchten die Kurden, dass sich die Geschichte – wie im Jahre 1975 – wiederholt, mit anderen Worten, dass sich die beiden Staaten (Irak und Iran) in den Verhandlungen wieder auf ihre Kosten einigen. Die Führung der Kurdistan-Front will nun neben dem Partisanenkampf auch andere Möglichkeiten wahrnehmen. Sie versucht sowohl auf regionaler Ebene als auch auf internationaler Ebene politisch bzw. diplomatisch aktiv zu werden, um moralische Unterstützung für die kurdische Sache und humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in der Türkei und im Iran zu gewinnen.⁴

Als Vertreter der Kurdistan-Front besucht Jalal Talabani Ende 1988 die USA. In seinem Gespräch mit mehreren hochrangigen Beamten des Außenministeriums kritisiert Talabani die Unterstützung des irakischen Regimes auch nach der Beendigung des Golfkrieges und die bisherige Anti-Kurden-Haltung der USA, z.B. gegenüber der „*Republik Kurdistan*“ in Iranisch-Kurdistan im Jahre 1946 und gegenüber der kurdischen Widerstandsbewegung in Irakisch-Kurdistan im Jahre 1963 und die negative Haltung der USA in Bezug auf das Abkommen von Algier 1975 zwischen dem Schah vom Iran und Saddam Hussein; diesbezüglich weist Talabani auf einen „geheimen Bericht“ von Henry Kissinger an den amerikanischen Kongress hin, in dem er den „Verrat an den Kurden“ zugegeben haben soll. Seine amerikanischen Gesprächspartner zeigen in diesem Gespräch ihre Sympathie mit dem kurdischen Volk im Irak. Sie erklären ihr Verständnis für die kurdische Frage auch in den anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens (Türkei, Iran und Syrien) und betonen, dass sie auf eine friedliche Lösung dafür innerhalb dieser Länder bedacht sind. Sie äußern sich jedoch gegen jede Grenzänderung in der Region. Dies alles wird auch in einer offiziellen Erklärung des US-Außenministeriums veröffentlicht. Daher kann dieses Verhalten des Außenministeriums als Bekräftigung der Haltung der amerikanischen Botschaft in London nach dem Massaker von Halabja bzw. deren Ergänzung hinsichtlich einer neuen Politik gegenüber der kurdischen Frage in der gesamten Region betrachtet werden. Trotzdem machen die amerikanischen Beamten dem kurdischen Politiker klar, dass die Kurden Saddam Hussein als eine „vollendete Tatsache“ akzeptieren sollen, und sie sollen versuchen durch den Dialog mit ihm eine friedliche Lösung der kurdischen Frage zu erzielen! Talabani trifft sich zudem mit verschiedenen Mitgliedern des Kongresses und Vertretern der zahlreichen Menschenrechtsorganisationen.⁵

¹ Zülch, 1991, S.39.

² ebd.

³ Talabani, 1988, S.112; vgl. auch „*Al-Tassadi*“ vom 17.9.1988.

⁴ Vgl. Furubjelke and Sheikmous, 1991, S.30.

⁵ Talabani, 1988, S.72-81 u. S.105.

In einem Brief an kurdische Organisationen in Großbritannien hatte die erste Sekretärin der Botschaft der USA in London schon im März 1988 der Einsatz der chemischen Waffen gegen die Stadt Halabja und die Zivilbevölkerung in der Region offen verurteilt und die Bereitschaft zur Behandlung von Verletzten in den USA gezeigt. Außerdem wurde darin erklärt, dass die USA nichts gegen eine Debatte über die kurdische Frage in der UNO hatten, Talabani,

Um einerseits die Weltöffentlichkeit zu täuschen und andererseits Andersdenkende und Flüchtlinge in die Falle zu locken, erlässt das irakische Baath-Regime zwischen Oktober 1988 und April 1989 mehrere Amnestiegesetze. Zurückkehrenden Bürgern werden persönliche Sicherheit, früherer Arbeitsplatz und Bewegungsfreiheit versprochen. In einem Interview von Hans Branscheidt mit dem Vorsitzenden der KDP, Massoud Barzani, antwortet Barzani auf die Frage, ob dies glaubhaft ist: *„Auch die Amnestie ist nicht mehr als das Angebot einer Diktatur, für deren Zusagen es nicht die geringste Garantie gibt.“*¹

Die meisten Rückkehrer aus dem Ausland, vor allem Kurden, aber auch Assyrer, Turkmenen und arabische Schiiten, werden jedoch zur Rechenschaft vor Sondergerichte gezogen. Viele werden verhaftet oder hingerichtet oder sie verschwinden samt ihren Frauen und Kindern.²

Nach dem Einsatz der C-Waffen und mit der Zerstörung von über 4.000 Dörfern bis Sommer 1989 in Kurdistan und sowie der Vertreibung und Zwangsumsiedlung der Zivilbevölkerung (etwa 1,5 Millionen Menschen),³ wird der kurdischen Widerstandsbewegung bzw. der Kurdistan-Front in der Tat nicht nur der Rückhalt, sondern auch die Bedingungen für einen wirksamen bewaffneten Widerstandskampf entzogen. Große Teile der befreiten Gebiete Kurdistans gehen verloren an die Truppen des irakischen Regimes. Es bleiben aber kleinere mobile Partisanengruppen bzw. -gruppierungen, besonders in den Grenzstreifen zur Türkei und zum Iran; die kurdische Widerstandsbewegung wird jedenfalls weiter geführt.

In dieser kritischen bzw. aussichtslosen Situation in Irakisch-Kurdistan bemüht sich die Kurdistan-Front darum, Friedensverhandlungen mit dem irakischen Regime aufzunehmen. Anfang 1989 besucht Talabani Riad, um Saudi-Arabien für die Vermittlung zwischen der Kurdistan-Front und der irakischen Regierung zu bewegen.⁴

Aber was könnte sie dadurch aus der Position der Schwäche gegenüber einem totalitären Regime erreichen, besonders nachdem das Regime – mit Unterstützung vor allem des Westens und der arabischen Golfstaaten – die Waffenruhe mit der iranischen Regierung erzwungen und sich damit aus der Klemme des irakisch-iranischen Krieges gerettet hat?

Auf die Frage, ob die kurdische Widerstandsbewegung im August 1988 bei den Giftgaseinsätzen eine große Niederlage erlitten habe und nach der Zukunft der Widerstandsbewegung bzw. der Kurden im Irak antwortet Massoud Barzani in dem bereits erwähnten Interview von Branscheidt dennoch standhaft und optimistisch und hebt die außerordentliche Bedeutung der Kurdistan-Front in dieser kritischen Phase hervor; er sagt:

*„Wir sind nicht der Ansicht, dass wir 1988 eine große Niederlage erlitten haben, sondern wir haben eine weitere Etappe in unserem Kampf verloren [...]. Der Widerstand existiert und wird Zukunft haben. Allerdings kommt es darauf an, dass wir rasch und entschieden unsere militärische Taktik ändern. Dies vollzieht sich vor dem Hintergrund einer bisher unbekanntenen Einheit des kurdischen Volkes und seiner politischen Organisationen.“*⁵

1988, S. 73. Dies könnte als Anfang eine Wende in der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber dem kurdischen Volk in Irakisch-Kurdistan und gegenüber der kurdischen Frage im Nahen bzw. Mittleren Osten insgesamt bewertet werden.

¹ Branscheidt (mi), 1989.

² Vgl. Sayed Ali, 1991, S.70. [z.B. der Agraringenieur Zahir Hamad Taha (aus Arbil) war mit seiner Frau und ihren vier Kindern aus dem Iran zurückgekehrt. Sofort waren sie alle an einen unbekanntenen Ort transportiert worden und sie sind bisher spurlos verschwunden].

³ medico international (mi), 1990, S.23. Zudem wurde mit der Zerstörung von über 2500 Moscheen, fast 100 christlichen Kirchen und Klöstern sowie 1660 Schulen der kurdischen Kultur bzw. dem kurdischen Bildungssystem schwerster Schäden zugefügt. Überdies wurden 284 dörfliche Krankenhäuser und Sanitärstationen sowie zahlreiche andere kurdische, assyrische und chaldäische Einrichtungen abgerissen oder zerbombt, Felser, 1991, S.58.

⁴ Vgl. Ibrahim, 1991, S.140.

⁵ medico international (mi), 1989.

Im Mai 1989 besucht Massoud Barzani – als Vertreter der Kurdistan-Front – die Bundesrepublik Deutschland und führt Gespräche mit Politikern, Parlamentariern, Bundestagsausschüssen, Vertretern der beiden christlichen Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und Hilfswerken.¹ Angesichts der wesentlichen Beteiligung deutscher Firmen an der Giftgasherstellung im Irak wird Barzani nach seinen Erwartungen von der Bundesrepublik Deutschland nach diesem Besuch gefragt. Er erwidert:

„Wir wenden uns mit Empörung gegen alle Versuche, unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Exportoffensiven chemische Massenvernichtungsmittel gegen uns zu richten. Und nicht nur das: Wir verfolgen mit größter Sorge die erneute Tatsache westdeutscher Beteiligung an der Entwicklung der bakteriologisch-biologischen Kriegsführung im Irak, [...] Gleichzeitig verlangen wir die sofortige Auseinandersetzung mit der kurdischen Frage, die Anerkennung unserer Rechte [...]. Auch Hilfe und Wiedergutmachung erwarten wir. Allein im letzten Jahr, 1988, sind 9.000 Frauen und Kinder im Giftgas gestorben. Alle diese Opfer werden wir niemals vergessen.“²

1989 ist die Situation in Kurdistan und die Lage der Kurdistan-Front am schlimmsten, weil die systematische Vernichtung und Zerstörung in Irakisch-Kurdistan unvermindert anhält bzw. gefährliche Dimensionen erreicht. Im Frühling ergreift das irakische Regime eine neue Repressionsmaßnahme durch das sogenannte „Büro für den Aufbau des Nordirak (BfAN)“, das direkt der Führung der Baath-Partei unterstellt ist. Man beginnt mit der Zwangsumsiedlung der Einwohner einiger kurdischer Städte und der Zerstörung dieser Städte – bisher hat das Regime nur die Dörfer zerstört und deren Einwohner umgesiedelt. Am 21. April (z.B.) trifft Ali Hassan Amer, der Verantwortliche (Befehlshaber) des (BfAN), in der Stadt Qela Dize ein. Weil die Einwohner der Stadt (80.000) über die Umsiedlung informiert waren, versuchen sie in mehreren Petitionen die drohende Vertreibung und Zerstörung der Stadt zu verhindern oder wenigstens auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Amer erklärt ihnen lediglich, dass Saddam Hussein die Entscheidung persönlich getroffen habe und deswegen kein Aufschub möglich sei. Am 22. Juni werden die Bewohner durch Militärlastwagen in die Umsiedlungslager abtransportiert. Die Stadt wird dann von der Armee vollkommen zerstört. Um diese Zeit werden auch die Einwohner der Städte Dégele (5000 Einwohner), Penjwin (31.000), Choman (35.000), Sengeser (42.000) und Dukan (60.000) umgesiedelt und die Städte völlig zerstört.³ Plänen des (BfAN) zufolge sollten die Städte Rawandiz, Derbendikhan, Ranye und Koysinjaq ebenfalls zerstört und deren Einwohner umgesiedelt werden.⁴

Auf der Ebene von Zakho, an der Grenze zur Türkei, hat die Baath-Regierung inzwischen arabische Bauern angesiedelt. Damit hat das Regime nun mit dem Bau der arabischen Siedlungen auch in der von ihm so genannten „Autonomieregion“ begonnen und eine weitere rassistische Politik auf dem Weg zur „Endlösung“ der Kurdenfrage in Gang gesetzt.

Die kurdische Widerstandsbewegung in Irakisch-Kurdistan ist in dieser Zeit in einer außerordentlich gefährlichen Lage bzw. an den Rand des Abgrundes geraten. In einem Interview mit der Journalistin Melena Ergen im Mai 1989 in Badinan sprechen die Widerstandskämpfer von der Unmöglichkeit, die Zivilbevölkerung in den Gebieten, die immer noch von der Widerstandsbewegung kontrolliert werden, gegen Giftgas zu schützen. Aber die Peshmergas versuchen sich durch verschiedene Mittel und Verhalten zu schützen, wie z.B. Sofort-Injektionen gegen Nervengas bzw. bestimmte einfache Abwehr- und Schutzmaßnahmen, die in einem Sonderheft über die diversen C-Waffensysteme enthalten sind. Die Peshmergas berichten auch von einer anderen Waffe bzw. von einer schmalen, länglichen Bombe, die bereits im Sommer 1988 an einigen ausgewählten Orten abgeworfen wurde, allerdings ohne sofort zu

¹ Zülch, 1991, S.62-64.

² Branscheidt (mi), 1989.

³ (mi), 1990, S.10.

⁴ (mi), 1990, S.16-21.

wirken. Mittlerweile sind aber hinreichende Indizien dafür bekannt, dass es sich dabei um biologische Bomben handelte, welche Typhus- und Cholerabakterien verstreuten.¹ Die Folgen der B-Waffen sind viel schwerer nachzuweisen als die von C-Waffen. Aber Vertreter sowohl der Kurdistan-Front als auch der kurdischen Flüchtlinge in der Türkei berichten von eigenartigen Typhuserkrankungen in Kurdistan und in Flüchtlingslagern, bei denen die Patienten auf die üblichen Gegenmittel nicht reagierten. Es gibt überdies ein Beweis über die Existenz der B-Waffen bei der irakischen Armee in Kurdistan: Ein Geheimpapier, das von der Gesellschaft für bedrohte Völker (in Göttingen) zur Verfügung gestellt wurde, in dem das Hauptquartier der Armee in der Provinz Arbil eine halbjährliche Inventur von chemischen und biologischen Kampfstoffen von militärischen Einheiten in der Region verlangt.² Übrigens ist es bewiesen, dass die irakische Regierung den Grundstoff zur Herstellung der B-Waffen „*Mykotoxine*“ von einer deutschen Firma gekauft hatte.³

Die wenigen und kleinen Einheiten der Partisanen in Irakisch-Kurdistan haben jetzt wohl riesige Schwierigkeiten mit dem Kampf gegen die chemischen Waffen des Baath-Regimes und große Probleme mit der Versorgung wegen der Verwüstung der ländlichen Gebiete. Aber eben diese äußerst kritische Lage der Widerstandskämpfer ermöglicht bzw. erzwingt deren Eintracht im Rahmen der Kurdistan-Front. Dies verschafft ihnen eine einzigartige Zusammenarbeit. Abwechselnde Zusammenkünfte finden besonders in den Hauptquartieren der beiden großen Parteien der Kurdistan-Front (KDP und PUK) statt. Damit wächst auch das Vertrauen der politischen Parteien innerhalb der Front zueinander, und sie rücken immer mehr zusammen.

Eine Delegation der KDP unter der Leitung von Massoud Barzani trifft im März 1990 mit Vertretern der PUK in ihrem Hauptquartier in Qasmereş – an der Grenze zu Iran – zusammen. Sie besprechen die aktuelle Situation in Kurdistan und die Möglichkeit einer Änderung der Lage im Irak. Es wird ein gemeinsamer Ausschuss dafür eingesetzt, den sogenannten „*Wenn-Plan*“ (Arbeitsplan der Möglichkeiten: Wenn die irakische Armee rebellieren, wenn Saddam Hussein sterben oder wenn ein neuer Krieg – zwischen dem Irak und einem anderen Staat – ausbrechen würde, [...]) auszuarbeiten.

2. Der Überfall auf Kuwait und der zweite Golfkrieg (1990 – 1991)

Die irakische Baath-Regierung gerät 1990 in große finanzielle Schwierigkeiten, da der erste Golfkrieg den Irak von einem wohlhabenden Land in eines der höchstverschuldeten Länder der Welt verwandelte. Die Schulden wurden auf 60 bis 100 Milliarden US-Dollar geschätzt. Außer der schweren Auslandsschulden des achtjährigen Krieges gegen den Iran und dem riesigen Finanzbedarf zum Wiederaufbau des Landes benötigt das irakische Regime noch mehr Geld um die Entwicklung seiner Massenvernichtungs- bzw. A-B-C-Waffenprogramme fortsetzen zu können. Saddam Hussein steht zudem an der Spitze einer unproduktiven Millionenarmee und eines monströsen Geheimdienstapparates, welche beträchtliche finanzielle Mittel verschlingen.⁴ Friedemann Büttner stellt in einem Beitrag in der Zeitschrift „*Inamo*“ fest, dass sich in der brutalen Machtpolitik des Baath-Regimes Repression nach innen und Aggression nach außen

¹ Ergen, 1989, S.61.

² „Pogrom“ Nr. 145, 3 /1989, S.33.

³ Auf eine Anfrage der GRÜNEN im Bundestag bestätigte die Bundesregierung am 13. März 1989, dass ein deutscher Geschäftsmann „eine geringe Menge“ von **Mykotoxinen** an den Irak geliefert hat (Drucksache 11 / 4172, in: Beer, 1991, S.60-61).

Nach Angaben des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ (Nr. 5 / 1989) habe die deutsche Firma **Sigma Chemie**, 1987 per Luftfracht je 100 Milligramm der Mykotoxine (Pilzgifte) HAT-2 und T2 nach Bagdad exportiert.

⁴ Vgl. I. Sharif, 1991, S.157-58.

stets abwechselten.¹ In seiner Verlegenheit, um das Staatsgebilde aufrechtzuerhalten, versucht das Regime nun irgendeinen Ausweg zu finden. Die Erdölproduktionserhöhung der Kuwaiter bzw. der daraus resultierende Sturz des Ölpreises auf dem Weltmarkt wird unter anderem als Vorwand vom irakischen Regime für ein Vorgehen gegen das kleine Nachbarland ausgenutzt. Am 2. August 1990 besetzt die irakische Armee Kuwait. Fast alle Staaten der Welt verurteilen die irakische Invasion und fordern den Irak auf, sich aus Kuwait zurückzuziehen. Die UNO verabschiedet diesbezüglich vergeblich zwölf Resolutionen. Amerikanische bzw. westliche Truppen marschieren am „persisch-arabischen“ Golf ein. Sie werden in Saudi-Arabien stationiert und drohen der irakischen Regierung mit einer militärischen Intervention, falls der Irak sich nicht bedingungslos aus Kuwait zurückzieht. Laut der Resolution Nummer 678 stellt der UN-Sicherheitsrat der irakischen Regierung ein Ultimatum für den Rückzug aus dem besetzten Nachbarland bis zum 15. Januar 1991. Das irakische Regime ignoriert jedoch sämtliche UNO-Resolutionen sowie alle arabischen bzw. regionalen Bemühungen und internationalen Vermittlungen in diesem Zusammenhang.²

Der Überfall auf Kuwait ist für die unterdrückten Kurden in Irakisch-Kurdistan wie ein Geschenk Gottes vom Himmel gefallen. Das Regime, welches sie durch die Vernichtung- und Vertreibungskampagne in Bedrängnis gebracht hat, ist nun wegen einer weiteren Aggression gegen ein zweites Nachbarland in die Klemme geraten. Daher droht das irakische Baath-Regime den Kurden mit weiteren Massakern, falls sie es wagen, die Gelegenheit dazu auszunutzen, die Truppen des Regimes oder die Stellungen der Regierung anzugreifen. Der Stellvertreter von Saddam Hussein bzw. des „Revolutionskommandorats“, Izzat Ibrahim al-Duri warnt die Kurden in Sulaimaniya und erklärt:

„If you have forgotten Halabja, I would like to remind you that we are ready to repeat the Operation.”³

Diese offene und dreiste Drohung ist gleichzeitig ein eindeutiges Geständnis des Verbrechens von Halabja.

Die kurdische Widerstandsbewegung verurteilt den irakischen Einmarsch in Kuwait deutlich. Sie will sich jedoch zunächst nicht in den Gang der Ereignisse einmischen.

In der Nacht vom 16. auf den 17. Januar 1991 beginnen die Alliierten mit massiven Luftangriffen gegen die militärischen Ziele und zahlreiche zivile Einrichtungen im Irak, vor allem in Bagdad.

Am 24. Februar fangen die Truppen von etwa 28 (bzw. 31)⁴ Ländern – vor allem amerikanische, britische und französische Streitkräfte – mit dem Bodenangriff an. Staatschef Saddam Hussein kündigt den Beginn der „*Um al-Ma'arik*“ (Mutter aller Schlachten) an. Nach fast 100 Stunden gibt das Baath-Regime (am 28. Februar 1991) jedoch auf, zieht den Rest seiner geschlagenen Besatzungstruppen aus Kuwait zurück, stimmt allen UN-Resolutionen in Bezug auf den Überfall auf Kuwait und allen Bedingungen der Alliierten resigniert zu. Daraufhin wird ein Waffenstillstand zwischen den Alliierten und der irakischen Baath-Regierung laut Resolution 687 des UNO-Sicherheitsrats unterzeichnet.

Durch die Luftangriffe der Alliierten auf den Irak während der Krise und während des Bodenangriffs – parallel zur Befreiung Kuwaits – wird unter anderem die zivile Infrastruktur des Landes auch in Kurdistan, d.h. die Lebensgrundlagen der Bevölkerung, völlig zerstört. Die Bevölkerung Kurdistans ist indessen mehr als die Bevölkerung des arabischen Teils Iraks den Auswirkungen des UNO-Embargos (gegen den Irak) ausgesetzt. Zudem hatten die kurdischen Widerstandskämpfer in Irakisch-Kurdistan schlechte Erfahrungen mit den USA in Bezug auf die Unterstützung im Jahre 1975 gemacht. Deshalb verhält sich die kurdische Widerstandsbewegung

¹ Büttner, 1995, S.12.

² Vgl. Salih, 1998, S.13-32.

³ Zitiert nach Randal, 1997, S.39, vgl. auch „*The Washington Post*“ vom 25. Januar 1991 in: Randal, 1997, S.323.

⁴ Die Golfstaaten Bahrain, Oman, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) traten als ein Mitglied der Koalition bei, Nye and Smith, 1992, S.29.

während des zweiten Golfkrieges ziemlich zurückhaltend. Die kurdischen Widerstandskämpfer bzw. deren politischen Organisationen bemühen sich aber in dieser Zeit darum, eine einheitliche Position auch für die Zeit nach dem Krieg zu beziehen und ihre ganze Kampfkraft dafür aufzubieten.¹

Die irakische Invasion in Kuwait bringt die kurdische Widerstandsbewegung aus der aussichtslosen Situation heraus. Die Parteien der Kurdistan-Front stehen während der Kuwait-Krise in ständigen Beratungen miteinander und die Kampfmoral der Widerstandskämpfer wird in diesem Zeitraum offenbar gestärkt.

Unmittelbar nach dem Überfall der irakischen Armee in Kuwait treffen sich die kurdischen Widerstandskämpfer bzw. Vertreter der beiden großen Parteien KDP und PUK zu politischen Konsultationen. Sie entscheiden, Kampfeinheiten zu reorganisieren, Stellungen wiederaufzubauen, Irakisch-Kurdistan in mehrere Achsen aufzuteilen, Verantwortliche und Persönlichkeiten zu bestimmen und Kontakte zu den kurdischen Kollaborateuren bzw. Angehörigen der „BdNV“ aufzunehmen.² Gleichzeitig bemühen sich die kurdischen Politiker während der Kuwait-Krise um offizielle (politische) Gespräche mit den westlichen Staaten. Auf Empfehlung von Peter Galbraith, Mitglied des amerikanischen „Senate Foreign Relations Committee“ besucht Jalal Talabani (als Vertreter der Kurdistan-Front) deswegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Gesprächsbereitschaft Talabanis bleibt jedoch trotz der Vermittlungsanstrengungen von Galbraith im Außenministerium ohne Erfolg.

Auch Massoud Barzani erklärt in dieser Zeit die Bereitschaft der Kurden, mit den westlichen Staaten bzw. Alliierten zusammenzuarbeiten; er macht allerdings „ein klares Konzept“ des Westens hinsichtlich der kurdischen Frage in Irakisch-Kurdistan zur Bedingung. In einem Interview mit einem arabischen Journalisten wird Barzani im Januar 1991 nach der Position der Kurden gefragt, falls sich der Krieg ausbreitet. Er betont in seiner Antwort, dass die Kurden „keine Kämpfer auf Abruf seien“ und fügt hinzu:

„unsere Position im Krieg wird durch die politischen Beschlüsse in unserer Sache bestimmt. Und wenn es keine politischen Beschlüsse in Bezug auf unser Volk gibt, dann gibt es auch keine Position unsererseits, und wir werden dann nicht am Krieg teilnehmen.“³

Außerdem werden die Alliierten auf die Notwendigkeit einer Lösung der kurdischen Frage im Irak und deren Bedeutung für den Frieden in der Region – im Mittleren Osten – aufmerksam gemacht.

In der Schlusserklärung einer Zusammenkunft der Kurdistan-Front Anfang November 1990 heißt es:

„Es ist richtig, dass die Golfkrise in ihrer ganzen Komplexität auch die kurdische Frage beeinflusst. Wir betonen jedoch, dass das Kurdenproblem eigenständig ist [...] deshalb darf die Lösung des Kurdenproblems [...] nicht in den Hintergrund treten. Unsere Befreiungsbewegung wird ihren Kampf mit den möglichen, ihr zur Verfügung stehenden Mitteln fortsetzen.“⁴

Gleichzeitig setzt die Kurdistan-Front während der Krise ihre Bemühungen fort, alle Strömungen der irakischen Opposition (die schiitischen Islamisten, die arabischen Nationalisten, die Kommunisten bzw. Linken und die Kurden) in einem politischen Bündnis zu vereinigen. Auf einem gemeinsamen Zusammentreffen Ende Dezember 1990 in der syrischen Hauptstadt Damaskus einigen sich schließlich 17 irakische Oppositionsgruppen auf ein Gremium – welches

¹ Für mehr Details über den zweiten Golfkrieg siehe Salinger / Eric, 1991 und Ismail and Ismail, 1994.

² Vgl. Hariri, 1995, S. 29.

³ „Al Majalla“, Nr. 572 vom 23. Januar 1991, in: Saydam, 1991, S.106.

⁴ Zitiert nach Schmidt, 1994, S.15-16.

„*Lijnat al-'amal al-Mushtarak*“ (Ausschuss der gemeinsamen Arbeit) genannt wird – und auf eine Plattform. Wesentliche Ziele, die in der Schlusserklärung verkündet werden, sind:¹

- Sturz des Regimes von Saddam Hussein.
- Bildung einer Koalitionsregierung.
- Abhaltung von Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung bzw. einem Parlament.
- Lösung der Kurdenfrage auf der Basis des Autonomieabkommens vom März 1970.
- Normalisierung der Beziehungen mit den Nachbarstaaten.

Bei einem Interview der österreichischen Zeitschrift PROFIL mit einem Sprecher der Kurdistan-Front, Jalal Talabani, am 07. Januar 1991 beantwortet er auf eine ihm gestellte Fragen wie folgt:

PROFIL: *Wünschen Sie einen neuen Golfkrieg oder fürchten Sie ihn?*

Talabani: *„Ich rechne mit diesem Krieg, denn Saddam Hussein wird sich nicht aus Kuwait*

zurückziehen. Wir Kurden werden dabei nichts verlieren, und wir fürchten uns nicht

“²

...

Die arabische Wochenzeitung AL MAJALLA vom 23. Januar 1991 veröffentlicht ein Interview mit einem anderen Sprecher der Kurdistan-Front, Massoud Barzani. Dabei beantwortet er die Frage nach der Ursache der ruhigen Haltung der Kurden deutlich:

AL MAJALLA: *Man hat erwartet, dass die Kurden aus dieser Krise ihren Profit ziehen werden.*

Aber sie sind entgegen ihrer Gewohnheit ruhig geblieben.

Barzani:

„[...] Wir werden bereit sein, aktiv zu werden, wenn es einen politischen Beschluss in Bezug auf die Zukunft des kurdischen Volkes und auf dessen Rechte im Irak gibt.

Ansonsten bleiben wir ruhig.“³

Während des zweiten Golfkrieges beschränkt sich die Kurdistan-Front offensichtlich darauf, die Vorgänge zu beobachten.⁴ Aber die Vorbereitungen für ein gemeinsames Vorgehen bzw. eine gemeinsame Haltung gehen weiter: Es werden diesbezüglich Aufrufe an die Bevölkerung erlassen, Erklärungen abgegeben, Flugblätter verteilt. Außerdem werden Briefe – für bestimmte Aufgaben – an bekannte Persönlichkeiten bzw. Sympathisanten in verschiedenen Gebieten Irakisch-Kurdistan geschrieben und Kontakte mit einigen kurdischen Kollaborateuren bzw. Angehörigen der „BdNV“ aufgenommen.⁵

Während dieses Krieges warten die Unterdrückten im Irak, besonders die Kurden und Schiiten, tatsächlich auf die Gunst der Stunde bzw. der Umstände.

Am Ende des Krieges erklären die Alliierten, die Elitetruppen des irakischen Regimes – die „Republikanischen Garden“ – zerstört zu haben. Außerdem ruft der amerikanische Präsident George Bush die Bevölkerung Iraks dazu auf, Diktator Saddam Hussein zu stürzen.⁶

¹ Vgl. Ihsan, 2001, S.78; siehe auch „*Asharq Al-Awsat*“ vom 29.12.1990, in: Ibrahim, 1991, S.141; vgl. auch Saydam, 1991, S.104.

² Zitiert nach Saydam, 1991, S.104-105.

³ Zitiert nach Saydam, 1991, S.107-108.

⁴ Vgl. Schmidt, 1994, S.14 –16; vgl. auch McDowall, 1997, S.370.

⁵ Vgl. Hariri, 1995, S.30; vgl. auch Sayyid Kaka, 2000, S.325.

⁶ Vgl. Othman, 1992, S.35.

3. Der Volksaufstand vom März 1991 in Irakisch-Kurdistan

3.1. Die spontane Erhebung der Bevölkerung und die Rolle der Kurdistan-Front

Während der Kuwait-Krise und des zweiten Golfkrieges versuchen die kurdischen Widerstandsparteien ihre militärische Präsenz in Irakisch-Kurdistan zu verstärken. Zudem nehmen sie Kontakte mit ihren Sympathisanten in den kurdischen Städten auf, um sich auch politisch zu verstärken. Sie koordinieren ihren Kampf im Rahmen der Kurdistan-Front und sie einigen sich mit den irakischen Oppositionsorganisationen auf ein gemeinsames Programm für die Zeit nach Saddam Hussein. Zudem führen sie politische Gespräche mit den westlichen Staaten bzw. Alliierten. Sie versuchen dabei ihre Vorstellungen über die künftige Lösung der Kurdenfrage im Irak vorzutragen.¹

Unmittelbar nach der Niederlage des irakischen Baath-Regimes im zweiten Golfkrieg und nach dem Rückzug der besiegten irakischen Truppen aus Kuwait nach Basra beginnen zuerst die schiitischen Araber im Süden Iraks in der Nacht zum Freitag, dem ersten März 1991, spontan einen großen Volksaufstand. Ein Offizier dieser Truppen gilt am Tage des Rückzugs (28.02.91) als der zündende Funke des Volksaufstandes. Als er den „*Sahet Sa'd*“ (Sa'd-Platz) in Basra erreicht, richtet er die Kanone seines Panzers auf ein großes Bild des Staatschefs Saddam Hussein dort und zerstört es durch Kanonenschüsse.²

Am 1. März 1991 spricht der amerikanische Präsident George Bush von der Notwendigkeit, Saddam Hussein loszuwerden. Er sagt: „*Das irakische Volk sollte ihn beiseite räumen.*“³

Am selben Tag stimmt der britische Außenminister, Douglas Hurd, mit ihm überein und sagt:

„*Der Irak kann nicht erwarten, wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden, solange er ein verbrecherisches Regime besitzt.*“⁴

Aus Jeddah, Saudi-Arabien, ruft der von den US-Amerikanern eingesetzte Sender „*The Voice of Free Iraq*“ vom Anfang des „Wüstensturmes“ (*Desert Storm*) am 24. Februar bis zum 3. März 1991 die Bevölkerung Iraks, insbesondere die Kurden, zum Aufstand auf.⁵

Die Bevölkerung Iraks nimmt die westlichen Staatsmänner beim Wort und versucht Saddams Niederlage auszunutzen, um sein grausames Regime endlich loszuwerden.

Der Aufstand, der in Basra ausbricht, erstreckt sich rasch auf die anderen Provinzen des Südens. Bis zum 5. März 1991 befreien die schiitischen Aufständischen die meisten ihrer Städte und Ortschaften am Tigris und am Euphrat (zehn Provinzen) von Truppen und Funktionären des Baath-Regimes. Dutzende Vertreter des Regimes, der stellvertretende Gouverneur der Provinz Basra sowie etliche Mitglieder der Baath-Partei werden dabei getötet.⁶ Der Aufstand ist an vielen Orten – wie in jedem anderen Aufstand – chaotisch und gewalttätig.⁷ Es werden dabei Menschenrechte der Anhänger des Regimes grob verletzt. Außerdem begeht eine Gruppe der Aufständischen (die Gruppe des „Obersten Rats für die Islamische Revolution im Irak“) einen schweren Irrtum, indem sie Hunderte von Bildern von Khomeini in der Region verteilt und die Parole: „*La sharqiya - La gharbiya : Jumhuriya Islamiya*“ (nicht östlich oder westlich sondern eine Islamische Republik) auf den Demonstrationen bzw. Transparenten verkündet, was den ausländischen bzw. alliierten Beobachtern in Nassiriya und Samawe einen alarmierenden Eindruck vermittelt. Dies ist eigentlich gegen die früheren Abmachungen zwischen den

¹ Vgl. Saydam, 1991, S.119.

² Vgl. Makiya, 1996, S.50.

³ Zitiert nach Simpson, 1991, S.509.

⁴ Simpson, 1991, S.509.

⁵ Vgl. Entessar, 1992, S.146; vgl. auch Mahmoud, 2001, S.212.

⁶ Vgl. Lerch, 1992, S.246.

⁷ Vgl. Leezenberg, 1997, S.53.

Vertretern dieser Gruppe und der Kurdistan-Front während der Kuwait-Krise bzw. des zweiten Golfkrieges gewesen.¹

Die Erfolge der Schiiten im Süden, die oben erwähnte Äußerung des amerikanischen Präsidenten und die Warnung der USA an die irakische Regierung vor dem Einsatz chemischer Waffen gegen ihre eigenen Bürger finden in Kurdistan ein starkes Echo. Am 5. März 1991 fangen auch die Kurden mit einem ähnlichen, wenn nicht noch heftigeren Volksaufstand an. Zunächst beginnt der kurdische Aufstand in der Stadt Ranye. Nachdem ein Deserteur der irakischen Armee zwei Agenten der Geheimpolizei erschießt, stürmen die Menschen die Polizeistation und die Büros des Geheimdienstes. Im Büro des Geheimdienstes „für die inneren Angelegenheiten“ werden zwölf Personen erschossen. Am nächsten Tag wird die Armeekaserne gestürmt. Die gefangenen Soldaten werden zuerst in der Moschee von Ranye festgesetzt, später werden sie frei gelassen. Am 7. März kommen die Peshmergas der Kurdistan-Front aus den Bergen und übernehmen die Kontrolle über die Stadt Ranye.² Am gleichen Tag befreien die Aufständischen mit Unterstützung der Widerstandskämpfer (Peshmergas) der Kurdistan-Front die Stadt Sulaimaniya (Slémani), auch hier stürmen die Aufständischen das Gebäude der Direktion der Geheimpolizei „*Mudiriyat al-Amn*“, exekutieren Mitglieder der „Sicherheitskräfte“ und befreien Gefangene dort. Ein sunnitisch-arabischer Zahnarzt, der damals in Sulaimaniya war, schreibt in einem Brief an seinen Bruder in den USA:

„The bodies of security agents and Baathists were torn apart, and revenge was wrought for the Saddamist butchery that happened in Halabja and elsewhere. ...The main battle was fought against the Security Directorate, which put up stiff resistance for 48 hours. It was well-fortified, like a citadel. Many senior officials were in there. In the end, the fortification was pierced, and the masses entered in order to smash and kill everything before them.

The torture chambers [of the Directorate] were like nothing I had ever seen or heard of in my life. We walked on top of the bodies of those who had been burned and killed: 700 from the Security Service, both officials and agents. ... Their sentences were carried out by the people with iron saws and knives, while[their victims] were screaming and crying.“³

Dann werden die Städte Shaqlawe am 9. März und Arbil (Hewlér) am 11. März befreit. An diesem Tag erreichen Massoud Barzani (Vorsitzender der KDP) und Noshirwan Mustafa (Vertreter der Führung der PUK) Ranye. Da erklärt Massoud Barzani eine Amnestie für die Soldaten [der irakischen Armee].⁴ Danach werden die Städte Zakho am 13. März, Duhok am 14. März und schließlich die erdölbereiche Stadt Kirkuk am 21. März 1991 von den Aufständischen und Widerstandskämpfern kontrolliert. Dadurch befreien sie bis zum kurdischen Neujahrsfest (Newroz) – am 21. März 1991 – fast das gesamte Irakisch-Kurdistan (vier Provinzen) von den Truppen bzw. Schergen des Baath-Regimes. Die Kurdistan-Front übernimmt daraufhin die Verwaltung und Verteidigung der befreiten Gebiete; in den öffentlichen Gebäuden der Großstädte richtet sie eine provisorische Verwaltung ein.⁵

Zwischen den beiden Aufständen im Südirak und in Kurdistan findet allerdings keine Koordination statt. Auch die Bevölkerung Kurdistans erhebt sich gegen das Baath-Regime nach der Beendigung des zweiten Golfkrieges spontan. Massoud Barzani betont später, dass der Aufstand von der Bevölkerung selbst begonnen worden sei.⁶ Aber der Aufstand in Kurdistan

¹ Vgl. Makiya, 1996, S.74 -76.

² Vgl. Leukefeld, 1996, S.114-116; Sayyid Kaka, 1997, S.326 –327.

³ Zitiert nach MEW, 1992, S.57, [die Zahl der getöteten Agenten und Mitarbeiter in der Direktion ist offensichtlich schätzungsweise genannt worden, vgl. Makiya, 1996, S.84-85]. Ein Vertreter der KDP (Hoshyar Zebari) schätzt deren Zahl in einem Interview mit Randal am 20. Februar 1992 auf 400, Randal, 1997, S.323.

⁴ „*The Washington Post*“ vom 26. März 1991, in: MEW, 1992, S.58; vgl. auch Hariri, 1995, S.30.

⁵ Vgl. Schmidt, 1994, S.25.

⁶ „The uprising came from the people themselves. We didn't expect it“ Zitat aus *The Independent*, 24.04.91, in: McDowall, 1997, S.371.

unterscheidet sich vom Aufstand der schiitisch-arabischen Bevölkerung Südiraks wesentlich in zwei Punkten: Erstens werden die Volksmassen in Kurdistan sofort von den Widerstandskämpfern der Kurdistan-Front unterstützt bzw. organisiert und geführt. Zweitens solidarisieren sich nahezu alle Chefs der kurdischen Kollaborateure – „*die mustashars*“ bzw. Angehörige der „BdNV“, mit der aufständischen Bevölkerung und den Widerstandskämpfern; sie stehen sofort an ihrer Seite gegen das Regime und nehmen am Volksaufstand aktiv teil. Auf diese Weise erhebt sich fast das gesamte kurdische Volk in Irakisch-Kurdistan in einer beispiellosen Eintracht gegen das irakische Baath-Regime. Die Aufständischen greifen die Quartiere (Büros) der regierenden Baath-Partei und die Regierungsstellungen, vor allem die Institutionen der Repression (die Zivil- und Militär-Geheimdienste: „*al-Amn* und *al-Istikhbarat*“) zornig an, zerstören deren Gebäude und Folterkammern, in denen Tausende unschuldige Kurden und andere Bürger – von Minderheiten – zu Tode gefoltert oder gehängt wurden, und liquidieren viele ihrer Funktionäre bzw. Folterknechte, welche ihre Opfer jahrelang gnadenlos quälten oder umbrachten, an Ort und Stelle. Die Aufständischen rächen sich damit für die Willkür der Baathisten in Kurdistan, die zweiundzwanzig Jahre lang dauerte – seit der zweiten Machtergreifung der Baath-Partei im Jahre 1968. Dies geschah ebenso in allen befreiten schiitischen Städten; es entlud sich der Hass, der sich während der Baath-Herrschaft angesammelt hatte. Der britische Journalist Gwynne Roberts beschreibt einen Schauplatz der Ereignisse in Kirkuk und schreibt:

„[...] *I saw several bodies of security officials sprawled in the mud, one of them with live rounds of ammunition jammed into his mouth. A local Kurd said: That bastard was a torturer, and God knows how many men, women and children he persecuted. He deserved what he got.*“¹

Auch der Aufstand in Kurdistan ist an manchen Orten chaotisch. Dabei werden viele Regierungsämter bzw. öffentliche Gebäude von den aufgebrachten Massen der Bevölkerung zerstört oder geplündert. Die Peshmergas der Kurdistan-Front versuchen währenddessen das zu retten, was noch zu retten ist. Dabei werden von ihnen wichtige Akten und Materialien der Geheimdienste des Regimes tonnenweise beschlagnahmt.

Fast alle Einheiten der irakischen Armee in den meisten Gebieten Kurdistans (in Arbil, Kirkuk, Sulaimaniya und Duhok) legen ihre Waffen nieder und ergeben sich den Aufständischen; ihre Kampfmoral ist nach der Niederlage des Regimes im zweiten Golfkrieg und nach dem Volksaufstand im Süden völlig gesunken – aber auch die Soldaten haben vom Baath-Regime die Nase voll und sie wollen nun nicht mehr zur Unterdrückung des kurdischen Volkes instrumentalisiert werden. Die kurdische Bevölkerung verzeiht ihnen deren bisherige Instrumentalisierung, besorgt ihnen Verpflegung und Unterkunft und hilft ihnen bei der Heimkehr.² In allen befreiten kurdischen Städten trampeln triumphierende Aufständische auf am Boden liegenden Porträts von Diktator Saddam Hussein herum und zertrümmern sie, wie man es zwölf Jahre vorher in allen Städten Irans mit den Porträts des Schahs getan hatte.³ Die Bevölkerung Kurdistans genießt endlich die Freiheit vom Joch des verhassten Baath-Regimes. In Kirkuk [*Kerkuk*] und Sulaimaniya [*Slémani*], Arbil [*Hewlér*] und Duhok hat eine neue Ära begonnen. Die Leute demonstrieren für die „Revolution“ und tanzen vor Freude auf den Straßen: Von Zakho über Kirkuk bis hin zu Kalar. Das ist das erste Mal seit 72 Jahren – seit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, dass sie wieder frei sind, und die Flagge Kurdistans bzw. die (gelben oder grünen) Fahnen der beiden großen politischen Parteien sind überall zu sehen. Massoud Barzani, Vorsitzender der KDP drückt das herrschende Gefühl auf einer Großkundgebung in Koysinjaq (*Koyé*) so aus:

¹ „*The Independent*“ vom 29. März 1991, in: MEW, 1992, S.62.

² Vgl. Sayyid Kaka, 2000, S.329.

³ Vgl. Simpson, 1991, S.26-31.

„Eine Sekunde dieses Tages wiegt den gesamten Reichtum der Welt auf.“¹

Ein Vertreter der Führung der KSP, Sayyid Kaka, meint dazu:

„Es ist wie ein Traum [...]; ich habe nie in meinem Leben einen glücklicheren Tag als diesen erlebt.“²

Menschen, welche vor Jahren aus Kurdistan flüchten mussten, kommen nun aus der Türkei und dem Iran und aus europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten von Amerika in die befreiten kurdischen Städte, in „das befreite Kurdistan“ zurück. Viele von ihnen möchten von Anfang an dabei sein, um „ein neues Kurdistan“ aufzubauen.

Während des Aufstandes setzt die Kurdistan-Front ihre Bemühungen vergeblich fort, mit den irakischen Oppositionsparteien, die im „Ausschuss der gemeinsamen Arbeit“ vertreten sind, ein wirksames gesamtirakisches politisches Programm zu erarbeiten. Vom 9. – 11. März 1991 treffen deswegen Vertreter von 23 politischen Parteien bzw. Organisationen der irakischen Opposition in Beirut zusammen. Sie können jedoch keine Einigung erzielen.³

Die Führung der Kurdistan-Front versucht währenddessen auch ihre regionalen bzw. internationalen diplomatischen Anstrengungen zur Beruhigung der Nachbarländer, für die Solidarität mit dem kurdischen Volk und zur Unterstützung der irakischen Opposition zu intensivieren.

Zwei Vertreter der Kurdistan Front, Jalal Talabani und Muhsin Dizeyi (Vertreter von Massoud Barzani) begeben sich schon am 8. März 1991 nach Ankara, um Sondierungsgespräche mit der türkischen Regierung zu führen bzw. die Türkei hinsichtlich der bestrebten Lösung der kurdischen Frage im Irak – im Rahmen einer föderativen Union – zu beruhigen.⁴ Kurz nach diesen Gesprächen äußert sich der türkische Präsident Özal in der türkischen Presse in diesem Zusammenhang positiv. Er habe keine Bedenken mehr gegen eine föderale Union der Kurden und Araber innerhalb der irakischen Grenzen.⁵ Dies könnte eigentlich eine relevante Kehrtwendung in der offiziellen türkischen Kurdenpolitik sein.

Der Kommandeur der alliierten Truppen, General Schwarzkopf, hatte während der Bodenoffensive die Auffassung vertreten, durch das Weitermarschieren auf das Bagdader Hauptquartier des Diktators Saddam Hussein und seinem Regime ein Ende zu bereiten.⁶ Doch Präsident Bush stimmte dem nicht zu, obwohl er Saddam während der Kuwait-Krise mit Hitler verglich und als „Hitler am Golf“ bezeichnete.⁷

Drei Tage nach der Beendigung der Bodenoffensive bzw. des zweiten Golfkrieges, am 3. März 1991 – während des Volksaufstandes im Süden, treffen sich Vertreter der Alliierten (der amerikanische General Schwarzkopf und der saudische Prinz Khalid) und höchste irakische Generale (Hashim Ahmad und Salah Abbud) zu Kapitulationsgesprächen in *Safwan* (im Südirak). Nach anderthalb Stunden willigen die Iraker in alle Forderungen der Alliierten ein. Dazu gehört auch die Bestimmung, dass die irakische Luftwaffe einstweilig keine Kampfflugzeuge starten dürfe. Hubschrauber sollten nur für Transportflüge benutzt werden, nicht jedoch für militärische Zwecke bzw. zum Kampf.⁸

Amerikanische „Militärsprecher“ machen aber gleichzeitig deutlich, dass sie keine Sympathie für den Volksaufstand im Südirak haben. Sie erklären, der muslimische Aufstand habe nicht die

¹ Zitiert nach Simpson, 1991, S.520; vgl. auch Randal, 1997, S.41.

² Sayyid Kaka, 2000, S.328. [eigene Übersetzung aus dem Kurdischen]

³ Vgl. Ihsan, 2001, S.78.

⁴ Die türkische Regierung warnte die Kurden während der Kuwait-Krise; sie würde einen „kurdischen Staat“ im Nordirak [Süd-Kurdistan] nicht dulden und droht damit, das Gebiet notfalls zu besetzen, vgl. Ibrahim, 1991, S.105 - 107.

⁵ Saydam, 1991, S.120; vgl. auch Gunter, 1992, S.51-52.

⁶ Brune, 1993, S.118-19.

⁷ Zülch, 1991, S.10; vgl. auch Randal, 1997, S.85; Talbot, 1992, S.26 und Entessar, 1992, S.145.

⁸ Vgl. Lerch, 1992, S.242.

Möglichkeit, den Truppen Saddam Husseins zu widerstehen. Er sei undiszipliniert und ohne Führung. Er werde bald zusammenbrechen.¹

Nur vier Tage, nachdem Präsident Bush das Volk im Irak dazu aufgerufen hat, Saddam loszuwerden, am 5. März 1991 – als die aufständischen Schiiten ihre Provinzen unter ihre Kontrolle bringen, sagt der Sprecher des weißen Hauses, Marlin Fitzwater:

„Wir haben nicht die Absicht, uns [...] in die internen Angelegenheiten des Irak einzumischen,“²

Das ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass die USA die Aufständischen – besonders im Süden – nicht unterstützen würden. Gleichzeitig wirkt diese Haltung wie ein grünes Licht für Saddam Hussein, um gnadenlos zuerst gegen die Schiiten und später auch gegen die Kurden vorzugehen, obwohl Präsident Bush noch am 13. März 1991 während eines Besuches in Kanada die irakische Regierung persönlich davor warnt, Kampfjets einzusetzen. Er deutet in einer Stellungnahme in Bezug auf den Einsatz der Kampfjets an, dass dieser Einsatz das Übereinkommen zum Waffenstillstand verletzt. Er sagt, die irakischen Hubschrauber dürften nicht für Kampzzwecke innerhalb Iraks eingesetzt werden.³ Saddam Hussein besitzt noch ein großes Arsenal von konventionellen Waffen und anscheinend darf er sie – außer Kampfjets – gegen die Volksaufstände unbehindert verwenden.

In einer heftigen Gegenoffensive setzt das irakische Regime dann seine noch intakt gebliebene Kriegesmaschine gegen die Aufständischen ein. Wenige Tage nach dem Aufstand (am 6. März) gelingt es der Truppen des Baath-Regimes, die größte Stadt des Südens, Basra, einzunehmen. Am selben Tag ernennt Saddam Hussein seinen berüchtigten Cousin, Ali Hassan al-Majid, zu seinem neuen Innenminister. Der Aufstand der Schiiten im Süden wird in zwei Wochen, nach harten Kämpfen, ausgerechnet von den – angeblich vernichteten – „Republikanischen Gärten“ mit Panzern und Kampfjets und vor den Augen der Truppen der Alliierten, die sich noch auf irakischem Boden – in Nassiriya und Samawa – befinden, blutig niedergeschlagen. Die Aufständischen haben – besonders nach den obenerwähnten Äußerungen von Bush – damit gerechnet, dass die alliierten Truppen, die in ihrer Nähe sind, ihnen zu Hilfe kommen würden. Dies geschieht jedoch nicht. Zwar wird währenddessen ein irakisches Kampfjet abgeschossen,⁴ doch gegen den Einsatz der Kampfjets und Hunderten von Panzern gegen die Bevölkerung wird nichts unternommen. Die Rache des Regimes bzw. des Diktators ist grausam: Z. B. wird Karbala, die zweitheiligste Stadt der Schiiten in der islamischen Welt, sechs Tage lang andauernd mit Artillerie und von Panzern beschossen, bevor der Aufstand unterdrückt werden kann. Eine unbekannte Anzahl an Menschen stirbt, und ihre Leichen liegen tagelang auf den Straßen herum. Die Armee wird angewiesen, die Ermordeten nicht wegzuschaffen, um sie – auch nach dem Tod – zusätzlich bzw. ihre Verwandten zu bestrafen und die Bevölkerung abzuschrecken. Einige von denen, die am Aufstand teilgenommen haben sollen, werden in Karbala auf eine barbarischen Art und Weise umgebracht, indem sie gezwungen werden, Benzin zu trinken, und dann angezündet werden. In Basra fressen Hunde die Körper der getöteten Aufständischen, wo sie gefallen sind.⁵ In der heiligen Stadt Najaf schlagen fünfunddreißig Scud-Boden-Boden-Raketen ein und Frauen und Kinder werden von den angreifenden Truppen als menschlicher Schutzschild benutzt. Auf den anrückenden Panzern ist ein Vernichtungslogan offen geschrieben: „*La Shiite ba'dalyom*“ (keine Schiiten ab heute).⁶ Sogar die schiitische Kultur soll ausgelöscht werden; schiitische Bibliotheken in Karbala und Samarra werden von

¹ Hottinger, 1991, S.16.

² Zitiert nach Simpson, 1991, S. 515.

³ Vgl. „*The Washington Post*“ vom 14. März 1991, in: MEW, 1992, S.41.

⁴ Ein irakisches Kampfjet vom Typ (SU 22) ist am 22. März von den Alliierten nördlich von Bagdad abgeschossen worden, vgl. Mahmoud, 2001, S.212, vgl. auch Schmidt, 1994, S.209.

⁵ Vgl. Simpson, 1991, 511-516.

⁶ Vgl. Makiya, 1996, S.91-93.

„Republikanischen Gardisten“ zerstört und geplündert.¹ Überdies hinterlässt dieser vernichtende Feldzug gegen die schiitische Bevölkerung eine erbitterte Feindschaft und einen tiefen Riss zwischen den (arabischen) Schiiten und den (arabischen) Sunniten, da die angreifenden Soldaten fast alle arabische Sunniten aus den Provinzen al-Anbar (Ramadi), Salah al-Din (Tikrit), Nainewa (Mosul) und Bagdad (in denen kein Aufstand ausbricht und die noch vom Baath-Regime kontrolliert werden) stammen.² Von den Schiiten, die in die Sümpfe des Südens fliehen und in ihren Städten und Ortschaften Erschießungen ausgesetzt werden, wird es aber keine TV-Aufnahmen oder Presseberichte in den internationalen Medien geben. Um die Tragödie der irakischen Schiiten kümmert sich offenbar niemand auf der Welt!³

Auch in Kurdistan halten die Freiheit und die Freude der Bevölkerung darüber nur drei Wochen an. Die Kurden haben versucht ihre Freiheit und Selbständigkeit zu erkämpfen. Sie müssen dafür aber noch einmal leiden.

Nach der Befreiung der strategischen Stadt Kirkuk von den Truppen Saddams durch die kurdischen Aufständischen und Widerstandskämpfer wird die türkische Regierung offenbar äußerst aufgeregt; sie befürchtet die Unabhängigkeit des südlichen bzw. irakischen Teils Kurdistans. Präsident Özal begibt sich hastig am 24. März 1991 nach Washington. Dort spricht er sich offen gegen „die Gründung einer autonomen kurdischen Region im Irak“⁴ aus. Unmittelbar nach dem Besuch Özals revidiert die Bush-Administration ihre Haltung in Bezug auf den Einsatz von Kampfhubschraubern. Am 26. März gibt Fitzwater bekannt, dass die USA gegen die Aktionen der irakischen Kampfhubschrauber nicht einschreiten, solange sie keine Drohung für die Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika oder der Koalition darstellen.⁵ Dies kommt dem Baath-Regime offensichtlich einer Erlaubnis gleich, sie woanders einzusetzen. Saddam Hussein hat nun freie Hand auch für den Einsatz der Kampfhubschrauber.

Das Regime setzt dann in seinem Angriff gegen den Volksaufstand in Kurdistan unter anderem Kampfhubschrauber sorglos ein, womit es klar gegen die Bedingungen des Waffenstillstands mit den Alliierten verstößt, und damit die schlecht ausgerüsteten kurdischen Aufständischen – besonders in den Städten Kurdistans – entscheidend schlagen kann.

In Kirkuk tauchen die Kampfhubschrauber am 26. März 1991 plötzlich am Horizont auf und bombardieren die Stadt. Hunderte Panzer greifen danach die Stadt an. Der Verantwortliche (Befehlshaber) der „Anfal-Operationen“, Ali Hassan al-Majid, kommt wieder mit Exekutionskommandos – diesmal auch als Innenminister des Baath-Regimes – in die Stadt zurück. Vier Tage lang leisten die Peshmergas und die Aufständischen einen harten Widerstand mit ungleichen Kampfmitteln. Dutzende kurdische Zivilisten werden auf den Straßen der Stadt oder in ihren Häusern ermordet. Tausende müssen fliehen oder werden später vertrieben. Auch das größte Krankenhaus der Stadt „Saddam Hospital“ wird am 27. März brutal angegriffen. Ein Hilfsarbeiter des Krankenhauses, der von MEW interviewt wird, sagt dazu:

„Iraqi soldiers opened fire from tanks and helicopters on the hospital. When they reached the hospital they entered and went upstairs, where they killed all the patients, about 30 children, 50 women, and 20 young men. I saw them slit the throats of patients with knives and throw some of the patients off the roof or out of windows on the top floor. I personally saw five persons thrown out of windows.“⁶

Danach zieht die Republikanische Garde mit Panzern und schwerer Artillerie in Arbil, Duhok und Sulaimaniya ein, und macht Jagd auf die gesamte Bevölkerung Kurdistans. Die Amerikaner bzw. die Alliierten unternehmen nichts gegen diesen brutalen Feldzug – der auch ein deutlicher Bruch der Waffenstillstandsvereinbarung mit ihnen darstellt – und sehen tatenlos zu, wie der

¹ Vgl. Lerch, 1992, S.246.

² Vgl. Makiya, 1996, S.72.

³ Vgl. Hottinger, 1991, S.25.

⁴ Hottinger, 1991, S.17-20.

⁵ Nye and Smith, 1992, S.25.

⁶ Zitiert nach Randal, 1977, S.101.

kurdische Aufstand geschlagen und die Zivilbevölkerung Kurdistans gejagt und vertrieben wird. Zwar dürfen irakische Kampfflugzeuge dabei nicht eingesetzt werden, doch die Kampfhubschrauber können ungestört die befreiten Städte und Ortschaften bombardieren. Sogar Napalmbomben werden abgeworfen.¹ In Tuz Khurmatu z.B. – die Stadt liegt 85 km südlich von Kirkuk und 210 km nördlich von Bagdad und sie hat etwa 200.000 Einwohner, die meisten von ihnen sind Kurden und Turkmenen – brach der Aufstand zwischen dem 10. und 12. März 1991 aus. Die Streitkräfte des Regimes sind schnell und ohne nennenswerten Widerstand aus der Stadt geflohen. Einige Mitglieder der Baath-Partei und Polizisten wurden zwar getötet, jedoch während des Angriffs auf das Hauptquartier der Baath-Partei. Zwei Augenzeugen aus der Stadt (ein pensionierter Beamte und ein Ladenbesitzer) erzählen später einem Vertreter von MEW von den Ereignissen, besonders während des Gegenangriffs der Regierungstruppen.

Der Rentner sagt:

„There was peace and quiet for three days, then the army came, approaching from three directions ... the city was attacked with artillery, helicopter, and missiles,... . During this time the army did not enter the city, but a lot of people were killed.“

Der Händler fügt hinzu: *„The rebels fired back at the tank fire using mortars. They also had five tanks they had captured from the government. The principal problem was the helicopters that began flying over the city on the fourth or fifth day ... dropping napalm bombs and destroying homes ... the resistance tried to hit the helicopters, and the Peshmerga surrounding the city kept the army at bay [but] still the principal problem was the helicopters. On the final day of the assault, the government used the Republican Guard and special units. They fired missiles, five or six per minute, from the direction of Tikrit. The attacks were arbitrary. One quarter of the houses was hit.“*²

In einem Schreiben an die UNO akzeptiert die irakische Regierung am 12. April 1991 alle Bedingungen des Waffenstillstands. Unter anderem muss der Irak sich verpflichten, seine gesamten Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen und Mittelstreckenraketen) zu vernichten, und dies auch von zuständigen internationalen Organisationen und bestimmten Inspektionsteams der UNO bzw. der UNSCOM kontrollieren zu lassen. Um diese Zeit macht das irakische Regime Jagd auf die kurdischen (und schiitischen) Aufständischen bzw. Flüchtlinge mit fast allen anderen konventionellen Waffen (Kampfhubschraubern, modernen Panzern, Raketenwerfern, schweren Geschützen etc.). Es versucht alle Aufständischen und deren Sympathisanten ungehindert zu vernichten oder zu vertreiben.

Die passive Haltung der US-Regierung und die Äußerung Bushs vom 13. April 1991, er werde sich auf keinen Fall in den „irakischen Bürgerkrieg“ einmischen, versetzt die Kurden, die vergeblich auf die Hilfe der Alliierten warten, in Panik. Die Zivilbevölkerung fragt: Warum wird der Einsatz von Kampfhubschraubern erlaubt? Barzani und Talabani erinnern Bush an seinen Aufruf an die Bevölkerung Iraks während des zweiten Golfkrieges:

„You personally called upon the Iraqi people to rise up against Saddam Hussein’s brutal dictatorship.“ (then abandoned them to the) *„night of Saddam Hussein’s tyranny“*³

Die wiederholten Appelle der Führung der Kurdistan-Front an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Regierung Saddams daran zu hindern, ihre Kampfhubschrauber in Kurdistan einzusetzen, finden kein Gehör.⁴ Die amerikanische Regierung und die US-Truppen im Südirak haben tatsächlich weder die Aufständischen gegen den Diktator Saddam Hussein unterstützt noch der Zivilbevölkerung während des brutalen Gegenangriffs seiner Sondertruppen geholfen. Damit hat sich die US-Regierung ihrer moralischen Pflicht gegenüber der Bevölkerung

¹ Vgl. Gunter, 1992, S.52.

² Zitiert nach MEW, 1992, S.59.

³ Zitiert nach Gunter, 1992, S.52.

⁴ Vgl. Ibrahim, Mai 1991, S.107. vgl. auch I. Sharif, 1991, S.161-62.

Iraks – die vorher stets zur Beseitigung des Diktators aufgerufen worden ist – einfach entzogen, und dem Diktator dadurch tatsächlich erneut einen großen Gefallen getan.¹

Die Kurden stellen nun erbittert fest, die Amerikaner haben die Kurden zum zweitenmal in ihrer neuen Geschichte im Stich gelassen bzw. betrogen und verraten. Das erste Mal 1975, als sie die kurdische „Septemberrevolution“ durch das Abkommen von Algier hatten fallen lassen, und nun das zweite Mal, wenn sie tatenlos zuschauen, wie der „Märzaufstand“ fast zerschlagen und das kurdische Volk in den Tod und in die Flucht getrieben wird. Der amerikanische Journalist Jonathan Randal, der sich während des Aufstandes in Kurdistan aufhält, schreibt später dazu:

*„Once again a Kurdish rebellion was collapsing, and fast. Once again the United States had let the Kurds down.“*²

Hunderte kurdische Zivilisten kommen im Frühjahr 1991 – durch die Luft- und Bodenangriffe der irakischen Armee – ums Leben.³ Die Peshmergas der Kurdistan-Front leisten dennoch einen harten und wirksamen Widerstand an manchen strategischen Orten gegen die Großoffensive des Baath-Regimes und sie erklären, dass der Kampf noch nicht beendet worden ist.⁴

Einige politische Beobachter interpretieren die passive amerikanische Haltung dahingehend, die US-Regierung habe befürchtet, dass der Irak auseinanderbrechen und „libanonisiert“ werden könnte, und infolgedessen ein pro-iranischer schiitischer Staat im Süden bzw. ein unabhängiger kurdischer Staat in Kurdistan entstehen könnte.⁵ Aber weder die Schiiten noch die Kurden wollten den eigenen Staat proklamieren. Die Kurden wussten, dass die Regionalmächte, besonders die anderen Staaten, die Kurdistan zwischen sich aufteilen – die Türkei, der Iran und Syrien – dies nicht hinnehmen und dass sie möglicherweise dagegen intervenieren würden – die Regierungen in Ankara, Teheran und Damaskus waren sehr beunruhigt über die Erfolge der Aufständischen in Irakisch-Kurdistan.⁶ Die türkische Regierung hat sich auch während des Aufstandes offen gegen das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes in Irakisch-Kurdistan bzw. gegen die Unabhängigkeit Südkurdistans – wie immer – geäußert und den Kurden für den Fall der Erklärung der Unabhängigkeit mit einer militärischen Intervention gedroht – weil die türkischen Machthaber als Fremdherrscher im größten Teil Kurdistans in ständiger Angst vor der Unabhängigkeit bzw. Selbständigkeit irgendeines Teils Kurdistans leben. Auch der Iran war dagegen und hat sie befürchtet, und zwar aus demselben Grund. Präsident Rafsanjani forderte Saddam Hussein in Botschaften dazu, mit den „Rebellen“ zu verhandeln, um einen Zusammenbruch des Iraks zu verhindern.⁷ Die Kurden sind sich außerdem bewusst, dass die USA und die europäischen Staaten den Grenzänderungen bzw. der Änderung des *Status quo* in der Region – zumindest zu dieser Zeit – nicht zustimmen. Der Westen würde wohl auf den Willen des NATO-Partners, der Türkei, in diesem Zusammenhang achten. Als ein pragmatischer Politiker bzw. realistischer kurdischer Führer sagt Massoud Barzani britischen Korrespondenten, dass er sich für Irakisch-Kurdistan eine ähnliche Rolle wie die Schottlands – innerhalb Großbritanniens – wünsche.⁸

¹ Der Stellvertreter des irakischen Premierministers Tareq Aziz verdeutlicht den Vorteil dieser amerikanischen Haltung in einer Erklärung später und sagt: *„Weil sich die Amerikaner nicht eingemischt haben, konnten wir binnen ein paar Tagen uns erholen und unsere Truppen reorganisieren und in weniger als zwei Wochen die Ruhe und Ordnung in den südlichen Provinzen wiederherstellen.“*, al-Anssari, 1998, S.32, in: Karim, 2001, S.13. [eigene Übersetzung]

² Randal, 1999, S.33.

³ Vgl. Lerch, 1992, S.247-256.

⁴ Vgl. Schmidt, 1994, S.28.

⁵ Vgl. Gunter, 1992, S.54; Hottinger, 1991, S.19; Ajami, 1992, S.120-122.

⁶ In einem Interview mit dem Journalisten J. Randal betont Massoud Barzani im Januar 1991 nachdrücklich, dass die Kurden selbstverständlich das Recht auf einen eigenen Staat haben. Er erklärt jedoch, dass der repressive Charakter der umgebenden Staaten das Erreichen dieses Endziels in absehbarer Zeit unwahrscheinlich macht, Randal, 1997, S.299.

⁷ Vgl. Simpson, 1991, S.515.

⁸ Simpson, 1991, S.522.

In der Tat haben die USA Befürchtungen gehegt, die Schiiten könnten – durch den Aufstand, aber auch durch demokratische Wahlen nach dem Fall des Baath-Regimes – in Bagdad an die Macht kommen, weil die Schiiten über 55% der Bevölkerung Iraks ausmachen. Das hätte im Irak ein unerwünschtes schiitisch-islamisches Regime – ähnlich wie im Iran – hervorgebracht, da einige Aufständische bei den Amerikanern durch ihr Verhalten diesen Eindruck erweckten. Dies wäre nach Ansicht vieler Nahostexperten nicht im Interesse des Westens sowie Israels gewesen – Israelis haben schon davor gewarnt¹. Auch König Fahd sollte während der Bodenoffensive der Alliierten Präsident Bush zur militärischen Zurückhaltung geraten haben; dies könnte aber vielmehr im Hinblick auf die Entwicklung des Bodenkrieges bzw. die Eroberung Bagdads gewesen sein, um kein Anwachsen der anti-amerikanischen Affekte in der Region zu bewirken. Dies hätte für die arabischen Mitgliedsstaaten der Koalition schwere Auswirkungen gehabt.²

Die Saudis beabsichtigten anfangs zusammen mit den USA die irakische Opposition bzw. die Kurden zu unterstützen; dies haben sie den USA vorgeschlagen. Sie haben Ende März 1991 sogar einen Vertreter von Massoud Barzani, Hoshiyar Zebari, deswegen nach Riad eingeladen. Um die gleiche Zeit sind aber plötzlich und unerwartet zwei hochrangige amerikanische Beamten (Nahostspezialisten) Brent Scowcroft und Richard Haass in einer „geheimen Mission“ in Riad eingetroffen. Als Scowcroft und Haass das Land verlassen, muss der kurdische Politiker seinen Besuch abrupt beenden; es gäbe angeblich kein Grund mehr für sein Bleiben dort. Das bedeutet offensichtlich, dass die US-Regierung strikt gegen die Unterstützung gewesen war.³

Saudi-Arabien und die anderen (sunnitischen) arabischen Golfstaaten sind bestimmt an keinem großen Erfolg der Schiiten im Irak interessiert. Sie neigen nicht dazu, dass die pro-iranischen Schiiten die Macht in Bagdad übernehmen. Und die Türkei ist wie immer gegen jegliche Errungenschaft der Kurden bezüglich der nationalen Rechte auch im Irak gewesen. Dazu schreibt Fouad Ajami:

„The American policy that emerged after the defeat of the Iraqi state deferred to the Sunni-Arab states of the Gulf and to Turkey. The Arab states wanted no Shia victory in southern Iraq, and the Turks were sure not to countenance a daring Kurdish experiment in the north that might serve as a magnet for their own disgruntled Kurds. These Arab and Turkish concerns were to be grafted onto American policy.“⁴

Auch ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärt dazu später:

„[The USA] shared with the Saudis a concern about Iranian-backed radical Shi'a coming to power in Iraq.“⁵

Amerikanische Politikwissenschaftler – und der Sicherheitsberater des Präsidenten – stellten den Sinn einer Hilfestellung auch für die Kurden offen in Frage. Es hieß, die Kurden seien ein Volk, welches schwer zu kontrollieren sei, und ihnen zu helfen, würde der Türkei Schwierigkeiten verursachen.⁶ Ein geschwächter säkularer Saddam Hussein wäre dann in vielerlei Hinsicht für alle Seiten doch harmloser bzw. entgegenkommender. Ein hochrangiger amerikanischer Beamter soll in diesem Zusammenhang gesagt haben:

„It is far easier to deal with a tame Saddam Hussein than with an unknown quantity.“⁷

¹ Der israelische Publizist Uri Avnery schreibt während der Bodenoffensive dazu: „Es besteht eine große Wahrscheinlichkeit, dass nach dem Zusammenbruch des Saddam-Regimes der Irak eine islamisch-schiitische, fundamentalistische Republik wird, ein iranisches Protektorat, ein Herd der islamischen Revolution im ganzen Raum. Das würde einen israelischen Alptraum wahr machen. Die „östliche Front“, die vereinigte Macht von Iran, Irak, Syrien und Jordanien, gegen Israel ausgerichtet, mit den Massenvernichtungswaffen versehen, von denen Saddam nur träumen konnte. Das ist die wirkliche Gefahr. Es ist noch nicht zu spät, ihr vorzubeugen.“, *„Der Spiegel“*, Nr.9 / Jg.45 / 25. Februar 1991, S.179.

² Lerch, 1992, S.255; vgl. auch Simpson, 1991, S.509.

³ Vgl. Randal, 1997, S. 98-99.

⁴ Ajami, 1992, S. 122.

⁵ Washington Post National Weekly Edition, 29. July – 4. August 1991, Zitiert nach Entessar, 1992, S.152-153.

⁶ I. Sharif, 1991, S.162.

⁷ Zitiert nach Randal, 1997, S.100.

Dies war der wahre Grund dafür, dass Präsident Bush in dieser Zeit kein weiteres militärisches Engagement der alliierten Truppen im Irak bewilligte und nicht rechtliche oder völkerrechtliche Bedenken, ob dies etwa mit dem Auftrag der UNO gedeckt wäre oder nicht. Daher begann die US-Regierung schon am 5. März umzuschwenken.

Mr. Scowcroft bekräftigt diese These später offen und sagt:

„We recognised that the seemingly attractive goal of getting rid of Saddam would not solve our problems, or even necessarily serve our interests. So we pursued the kind of inelegant, messy alternative that is all too often the only one available in real world [...]. Had we continued the war and overthrown Saddam, we might be worse off today.“ Er rechtfertigt diese Politik damit, dass ansonsten die Konsequenz wäre: *„gapping power vacuum in the Persian Gulf for Iran to fill“*.¹

Die USA sollten angeblich auf einen Militärputsch gegen die Person Saddam Hussein – nicht jedoch gegen das Baath-Regime – gesetzt haben.² Als brutaler Diktator hat Saddam Hussein durchaus keinen Konkurrenten in den eigenen Reihen, und ein Militärputsch gegen ihn ist nahezu ausgeschlossen, weil er alle Fäden in seiner Hand hält. Hinzu kommt die absolute Kontrolle durch sechs Geheimdienste, die nicht nur die Bevölkerung Iraks, sondern auch die Militärs ständig überwachen.³ Nur ein direktes Eingreifen der Alliierten – wie im Falle Nazideutschlands – oder die Unterstützung der Volksaufstände zur Gründung einer demokratischen Regierung in Bagdad könnte also die Bevölkerung Iraks und die Völker der Region von dem Diktator und seinem totalitären Regime und seinen andauernden Aggressionen retten. Ein Irakexperte von der „*School of Oriental and African Studies*“ in London, Chibli Mallat, schrieb schon am 12. Februar 1991 in der Pariser Tageszeitung „Le Monde“ dazu:

*„Die Befreiung Kuwaits für sich alleine rechtfertigt die grässlichen Zerstörungen nicht, die der Irak erleidet. Eine Aussicht auf Demokratie in Bagdad würde mehr als das kuwaitische Territorium, dem vergossenen Blut der Alliierten und der Iraker einen Sinn geben.“*⁴

Den Alliierten – vor allem den US-Amerikanern – war dies zweifelsohne klar.⁵ Trotzdem durfte „Iraks Hitler“ seine Haut und seine Macht retten, weil die einflussreichen Akteure dachten, für sie wäre er nun zahnlos und die Alternative (eine schiitisch-islamische oder eine demokratische Regierung in Bagdad) würde für sie und ihre Verbündeten wohl nicht besser sein; besonders für die arabischen Golfstaaten, die sowohl die erste als auch die letzte Alternative im Irak verhindern wollen, damit sie mit der ersten keine unabsehbaren Schwierigkeiten bekommen, und damit die letzte (die demokratische Alternative) in anderen Staaten der arabischen Halbinsel keine Schule machen soll. Saddam Hussein in seiner Grausamkeit blieb und bleibt deswegen der Alptraum der betroffenen Menschen in der ganzen Region. Er ist nun trotz der Misere seines Krieges „*Qadissiyat Saddam*“ gegen den Iran, trotz des Verbrechens des Völkermordes an den Kurden durch das Massaker von Halabja und die „*Anfal-Operationen*“, trotz der Aggression gegen Kuwait, trotz der „*Mutter aller Schlachten*“ und des großen ökologischen Verbrechens (In-Brand-setzen der kuwaitischen Ölfelder) entschlossen, mit allen Mitteln an der Macht in Bagdad festzuhalten.

¹ Zitiert nach Randal, 1997, S.299.

² Vgl. Hottinger, 1991, S.19.

³ Vgl. Nirumand, 1991, S.12.

⁴ Zitiert nach Hottinger, 1991, S.26.

⁵ Nach einem Bericht des US-Senats am 03.05.1991 sei ein Putschversuch innerhalb der irakischen Armee im April 1991 wegen mangelnder Unterstützung durch die USA abgeblasen worden, Schmidt, 1994, S.211.

3.2. Resultate des Aufstandes:

3.2.1. Exodus der Zivilbevölkerung aus Irakisch-Kurdistan

Vor dem Feldzug des Baath-Regimes Anfang April 1991 beginnt eine Massenflucht der Bevölkerung aus den meisten Städten in Irakisch-Kurdistan, welche die Weltöffentlichkeit tief bewegt. In den Bergen Kurdistans machen sich die Menschen, die von Panik erfasst worden sind und kurz zuvor noch geglaubt hatten, dass der Diktator Saddam Hussein erledigt wäre und sie nie wieder von ihm verfolgt würden, auf die Fluchtwege und lassen alles hinter sich zurück, um den wahllosen Bombardierungen und befürchteten Gräueltaten seiner Truppen – wie in Kirkuk – zu entkommen. Außerdem werden in diesem Augenblick die erschreckenden Erinnerungen der Menschen in Kurdistan an das Massaker von Halabja und die Grausamkeiten der „Anfal-Kampagne“ wach. Kampfhubschrauber greifen die Flüchtlingskolonnen auf den Straßen und Wegen an, die in die Berge bzw. zu den Grenzen zum Iran oder zur Türkei führen. Ungefähr 500 Flüchtlinge werden auf diesen Straßen und Wegen dadurch getötet. Ein türkischer Journalist beschreibt eine Szene:

„People are burned to death inside cars. Iraqi helicopters are bombing civilians without let up.“¹

Syrien, das seine Grenze der Kurdistan-Front bisher – aus taktischen Gründen – immer geöffnet hatte, schließt sie nun vorübergehend für einige Tage, ausschließlich die Tage, an denen eine offene Grenze für die Flüchtlinge überlebenswichtig ist.²

Sechsendsechzig Jahre nach dem Anschluss des südlichen Teils Kurdistans an den Irak und drei Jahre nach dem Massaker von Halabja und den Pogromen der „Anfal-Kampagne“ sieht sich nun das kurdische Volk der Gefahr völliger Vernichtung bzw. Vertreibung aus seiner Heimat ausgesetzt. Die Versetzung der kurdischen Zivilbevölkerung in Panik ist anscheinend eine bewusste Taktik des Diktators bzw. seines Regimes auf diesem Weg. Massoud Barzani appelliert genau deshalb an das kurdische Volk im Lande zu bleiben, um nicht wie die Armenier in die Diaspora verstreut zu werden.³ Der frühere irakische Botschafter bei der UNO, Nizar Hamdoon, betont die oben erwähnte Taktik in einem Gespräch mit dem Journalisten Jonathan Randal wenige Wochen später, angeblich nur um die befreiten Gebiete des Nordens wieder und schnellstens unter Kontrolle (des Regimes) zu bringen.⁴

Zwischen 31. März und 8. April 1991 werden Flüchtlinge auf den Straßen Arbil-Salahaddin, Rawandiz-Haji Omeran, Sulaimaniya-Chamchamal, Sulaimaniya-Chwarta und auf dem Berg Ezmer von Kampfhubschraubern angegriffen.⁵ Die Straße um den Dukansee wird tagelang pausenlos mit weitreichender Artillerie unter Beschuss gehalten. Wieder werden – nach Augenzeugenberichten – auch Napalm und Phosphor-Bomben gegen die Flüchtenden eingesetzt. Riesige Fahrzeugschlangen bilden sich auf den Straßen, der Verkehr bricht zusammen. Hunderttausende Menschen finden keine Transportmittel und müssen zu Fuß auf den Straßen bzw. über die Berge gehen. In der Nacht liegt die Temperatur weit unter dem Gefrierpunkt und es gibt kaum Nahrungsmittel entlang des Fluchtwegs. Auch die Berge Kurdistans – die besten Freunde der Kurden – können sie nicht mehr schützen. Der amerikanische Präsident erklärt um diese Zeit: Er wolle nicht einen einzigen amerikanischen Soldaten für die „inneren Zwiste des Iraks“ – mit anderen Worten gegen die Vernichtung und Vertreibung von Millionen von Kurden und Schiiten im Irak – opfern.⁶

¹ „The Independent“ vom 3. April 1991, in: McDowall, 1997, S.373.

² Schmidt, 1994, S.18.

³ Randal, 1977, S.55.

⁴ Ebd.

⁵ Vgl. U.N. Special Rapporteur's letter, GA A /46 /647, November 13, 1991, p.9, in: MEW, 1992, S.65.

⁶ Hottinger, 1991, S.20; vgl. auch Felser, 1991, S.43.

Neben den Truppen des irakischen Baath-Regimes beteiligen sich an den Angriffen gegen die Kurden Augenzeugenberichten zufolge auch bewaffnete Mitglieder (Kämpfer) der iranischen Oppositionsorganisation „*Mujahidini Khalq*“ (Volksmujahidin), welche über Militärbasen auf irakischem Boden sowie schwere (irakische) Waffen verfügen.¹

Flucht vor dem Vernichtungsfeldzug ist für Kurden kein neues Erlebnis, neu ist jedoch, dass sie diesmal von Kameras internationaler Fernsehanstalten begleitet werden: Sterbende Säuglinge vor der Kamera; verzweifelte Mütter mit ihren Kindern auf dem Rücken, die halb im Matsch versinken; alte Menschen, die barfuss flüchten oder kraftlos am Rande der Wege und Straßen zusammenbrechen. All das sind Bilder von der neuen Tragödie aus Kurdistan, welche die Weltöffentlichkeit auf das Elend bzw. Schicksal der Kurden diesmal – live – aufmerksam machen.²

Die Kurden sind wütend auf das, was sie als Betrug und Verrat der Alliierten ansehen, und sie sind enttäuscht besonders vom amerikanischen Präsidenten George Bush. An der Grenze zu Iran stößt der BBC-Korrespondent Charles Wheeler auf eine flüchtende Familie aus Sulaimaniya; der Mann ist fast erschöpft, die Frau sagt:

„ ... Millionen Leute sind in dieser Kälte und diesem Regen. Wer ist dafür verantwortlich? Unser Haus ist zerstört. Einige von uns – wir wissen nicht, wo sie sind. [...] Mr. George Bush ist für all das verantwortlich. Er könnte Saddam und seine Armee zerstören, aber er versucht es nicht. [...] Saddam Husseins Bombardierung und Hubschrauber zerstören uns. Sie haben das gesehen. Sie haben nichts getan. Warum?“³

Den amerikanischen Journalisten J. Randal fragen einige Flüchtlinge: „*Why did you not finish Saddam off?*“. Als Amerikaner ist ihm die kritische Lage der kurdischen Flüchtlinge besonders peinlich. Zur Kritik der Kurden in diesem Zusammenhang meint er:

„It was not the first time in a long career that I felt uncomfortable being an American. But rarely had I felt the criticism so justified.“⁴

Mitte April beginnen die Amerikaner und ihre Verbündeten damit, ihre Truppen aus Südirak abzuziehen. Sie hatten dort sechs Wochen lang ein Gebiet besetzt gehalten, das von der Südgrenze des Landes bis an die Ufer des Euphrats in Nassiriya und Samawe reichte. Der Abzug wird von den US-amerikanischen Medien sowie von politischen Beobachtern scharf kritisiert, denn er beginnt gerade zu dem Zeitpunkt, als das Elend der kurdischen Flüchtlinge besonders an der iranischen bzw. türkischen Grenze den Höhepunkt erreicht hat.⁵ Es gibt einen deutlichen Kontrast zwischen der Bereitschaft der Alliierten zum Krieg, um die Kuwaiter zu schützen – bzw. ihr Land zu befreien und ihre Regierung wiedereinzusetzen – und deren Widerwillen zum Schutz der Kurden und Schiiten – Iraker – vor demselben Aggressor.

An der Grenze zum Iran tut die Bevölkerung bzw. die Regierung Irans für die Flüchtlinge, was sie tun können. Die Grenze ist offen, und sie versorgen die Flüchtlinge mit Hilfsmitteln und – gütern. Über eine Million Flüchtlinge überschreiten die Grenze zu Iran. Die Bevölkerung Irans hat in allen Städten Komitees zur Hilfe für die Flüchtlinge gebildet. Bei vielen Familien in Iranisch-Kurdistan wohnen bis zu zehn Flüchtlinge. Schulen und Moscheen sind für die Flüchtlinge geöffnet worden. Piranshahr z.B., eine Stadt mit 25.000 Einwohnern, bietet weiteren 75.000 Menschen Schutz bzw. Zuflucht. Teheran fordert später Hilfe aus dem Ausland an, die schließlich von Industrieländern gewährt wird.⁶ Auch das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) organisiert eine Versorgungsaktion aus der Luft. Im April und Mai 1991 werden insgesamt etwa 6.100 Tonnen Hilfsgüter durch eine Luftbrücke in den Iran transportiert.⁷

¹ MEW, 1992, S.4; vgl. auch Randal, 1997, S.35.

² Vgl. Metzger, 1996, S.22; vgl. auch Felser, 1991, S.41.

³ Zitiert nach Simpson, 1991, S.524.

⁴ Randal, 1997, S.57.

⁵ Vgl. Lerch, 1992, S.251.

⁶ Vgl. Othman, 1992, S.45; Lerch, 1992, S.248; Gunter, 1992, S.56; McDowall, 1997, S.375.

⁷ Leukefeld, 1996, S.118.

Die Türkei dagegen zeigt den kurdischen Flüchtlingen gegenüber zunächst eine gewisse Härte. Den Grenzsoldaten wird sogar Schießbefehl auf die Flüchtlinge erteilt, falls sie die Grenze überschreiten sollten.¹ An einigen Orten eröffnen türkische Soldaten das Feuer auf die Flüchtlinge, sie erschießen und verwunden wohl dabei ein paar Flüchtlinge. Etwa eine halbe Million Flüchtlinge halten sich in den Bergen an der Grenze zur Türkei auf. Tausende von Menschen lagern auf dem nackten Fels, viele von ihnen mit zerrissenen Kleidungen und ohne Schuhe.² Die türkische Regierung lässt sie nicht einmal in die Ebenen herunter. Wochenlang weigern sich türkische Behörden, wenigstens wie angekündigt schwangere Frauen, Kinder, Kranke und Verletzte in die Täler zu holen. Erst nach dem Druck aus Europa und nachdem einige Tage verhandelt werden musste, erlauben die türkischen Behörden den Flüchtlingen, von den kalten Berghängen in weiter unten gelegene Gebiete herunterzusteigen. Etliche, vor allem Kinder und alte Menschen, starben an Hunger, Kälte, Erschöpfung und Krankheiten, bevor die Flüchtlinge die Grenze endgültig überschreiten durften, bevor man – nach dem internationalen Druck und mit internationaler Hilfe – ihnen Lager errichtete und sie mit Lebensmitteln, Zelten und Medikamenten versorgte.

Im *Iskiveren-Camp*, nahe *Uludere*, erzählen die Flüchtlinge, dass sie nur die von den Flugzeugen fallen gelassenen Hilfspakete haben konnten, die in ihrer Nähe landeten. Die Pakete, die in der Nähe der türkischen Armeequartiere landeten, würden von Soldaten in Besitz genommen.

Die Hilfsbereitschaft der Kurden in der Türkei hat die türkische Regierung erschreckt. Die kurdische Bevölkerung in Türkisch-Kurdistan hat schon am Tag der Ankunft der Flüchtlinge zur Grenze eine große Hilfskampagne gestartet. Ein vierzehnjähriger Junge aus *Şirnak* weint als er gefragt wird, warum er unter den freiwilligen Helfern ist: „*ich kann nachts nicht schlafen. Es sind unsere kurdischen Brüder und Schwestern.*“³ Unter Beteiligung vieler Kommunen, Gewerkschaften, Berufsverbände und anderer Vereine werden Hilfsgüter gesammelt und deren Transport zur Grenze organisiert. Nach Angaben des Bürgermeisters der Stadt Cizre, Hashim Hashimi, wird die Kampagne ohne die geringste staatliche Unterstützung durchgeführt.⁴ Die Behörden bzw. die Armeeeoffiziere behindern stattdessen die kurdische Bevölkerung mit verschiedenen Mitteln. Der Kontakt zwischen den Flüchtlingen und der Kurden in Türkisch-Kurdistan ist streng verboten. Viele haben Verwandte unter den Flüchtlingen, doch auch sie dürfen keinen Kontakt aufnehmen. Die Hilfsgüter müssen zunächst von türkischen Soldaten empfangen und dann weitergeleitet werden. Der Sprecher des Hilfskomitees der kurdischen Metropole Diyarbakir versucht vergeblich, die Erlaubnis für eine „*Demonstration gegen das barbarische Vorgehen Saddam Husseins*“ zu erhalten. Eine Kundgebung findet trotzdem statt und endet mit 70 zum Teil schwer Verletzten und über 200 Festnahmen. Demonstranten und Journalisten werden brutal zusammengeschlagen und die Parole [der Kurden] „*gegen das Massaker an unserem Volk*“ wird verboten.⁵

Auch die alliierten Soldaten, die an den Hilfsaktionen teilnehmen, beschwerten sich darüber, dass die türkischen Soldaten ihre Arbeit behindern. In dem Flüchtlingscamp in *Şemdinli* gibt es keine medizinischen Einrichtungen, und der türkische Offizier, der es leitet, verweigert einer Gruppe von französischen Ärzten und Krankenschwestern die Erlaubnis, dort tätig zu werden.⁶ In einem Fernsehinterview bedauert ein Team des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), dass der türkische Kommandeur in einer Kaserne das Team zwei Stunden aufgehalten hat, da er ihnen kein Benzin zukommen ließ: „*Die Kurden sind Dreck, warum macht ihr das alles für sie*“ soll er gesagt haben.⁷ In der Türkei kommt es wegen dieser unfreundlichen Handlungen der türkischen

¹ Siehe den „*Stern*“, Nr. 16 / 11 April 1991.

² Vgl. Ergen, 1991, S.145.

³ „*Die Zeit*“ vom 12. April 1991, in: Zülch, 1991, S.22.

⁴ Schmidt, 1996, S.52.

⁵ Ergen, 1991, S.146.

⁶ Simpson, 1991, S.525.

⁷ Othman, 1992, S.46.

Behörden zu einer politischen Krise, als die türkische Regierung den britischen Korrespondenten Robert Fisk – wegen seiner Berichterstattung – und auch britische Soldaten, die gegenüber einem türkischen Gouverneur handgreiflich geworden sein sollen, ausweist.¹

3.2.2. Widerstand der Partisanen gegen die Offensive des Regimes

Durch heftige und brutale Angriffe der Elite-Truppen des irakischen Baath-Regimes mit verschiedenen schweren Waffen gegen die leicht bewaffneten Widerstandskämpfer der Kurdistan-Front und die wehrlose Zivilbevölkerung erobern die Truppen des Regimes die meisten Städte Kurdistans in wenigen Tagen zurück. Während die Zivilisten vor den vorrückenden Truppen des Regimes panikartig flüchten, ziehen sich die Partisanen der Kurdistan-Front aus diesen Städten zurück, sie leisten an einigen strategischen Orten jedoch erbitterten und wirksamen Widerstand. Barzani und Talabani bzw. die Führer der Kurdistan-Front bleiben in den „noch befreiten Gebieten“ und entscheiden, bis zum Tod zu kämpfen.² Barzani koordiniert selbst den Widerstand in der Provinz Arbil. Gemäß der Entscheidung der Kurdistan-Front wird Massoud Barzani verantwortlich für die Aufsicht über die Front in der Region von Salahaddin und Shaqlawe (in der Provinz Arbil), Jalal Talabani für die Aufsicht über die Front in der Region von Sulaimaniya und Rassul Mamend (Vorsitzender der KSP) für die Aufsicht über die Front in der Region von Qela Dize und Ranye (in der Provinz Sulaimaniya).³

In einer entscheidenden Schlacht im *Tal von Korré* (9. – 11. April 91) zwischen Salahaddin und Shaqlawe zerstören die Peshmergas der Kurdistan-Front mehrere Panzer und gepanzerte Militärfahrzeuge⁴ und sie fügen den Angreifenden große Verluste zu; dadurch gelingt es ihnen den Angriff der Truppen des Regimes in Korré bzw. auf weitere befreite Städte und Ortschaften in den Distrikten Shaqlawe, Rawandiz, Mergesor und Choman zu stoppen.⁵

Auf dem Berg Ezmer (in Umgebung der Stadt Sulaimaniya) widersetzen sich die Peshmergas der Kurdistan-Front ebenfalls den Truppen des Regimes am 11. und 12. April erfolgreich und halten deren Offensive auch hier und auf das befreite Gebiet von Şarbajér an.

Die Rolle des Vorsitzenden der KDP, Massoud Barzani, und des Generalsekretärs der PUK, Jalal Talabani, bei der Ermutigung der Peshmergas zum harten Widerstand wird hier (in Korré bzw. Ezmer) wohl hervorgehoben.⁶

Durch diesen harten Widerstand verhindern die kurdischen Partisanen die Zurückeroberung einiger befreiter Städte (Shaqlawe, Harir, Rawandiz, Soran, Diana, Sidekan, Choman, Haji Omeran, Mergesor, Ranye, Chwarta, Halabja, Penjwin etc.). Damit können auch Zehntausende von Flüchtlingen aus anderen Gebieten Kurdistans, besonders aus der Hauptstadt der Region (Arbil) und aus der zweitgrößten Stadt Sulaimaniya, in diesen noch befreiten Städten Zuflucht finden. Andere Flüchtlinge versuchen an Flussläufen und Quellen ihre provisorischen Lager aufzuschlagen. Dörfer, die Flüchtlinge aufnehmen könnten, gibt es seit Jahren in Irakisch-Kurdistan nicht mehr. Ungefähr ein Drittel Kurdistans ist also noch befreit bzw. wird noch von der Kurdistan-Front kontrolliert,⁷ deshalb ist der Aufstand in Kurdistan nicht [wie der Aufstand der Schiiten im Süden] völlig niedergeschlagen bzw. beendet. Von diesem harten Widerstand und von den noch befreiten Gebieten wird aber in der Weltpresse kaum gesprochen. Es ist nur noch von der Massenflucht der Kurden in die Nachbarstaaten (den Iran und die Türkei) und von

¹ Lerch, 1992, S.249.

² Randal, 1997, S.101.

³ Sayyid Kaka, 2000, 332.

⁴ Die Wracks einiger zerstörten Panzer sind heute gestrichen und zum Andenken am Rande der Straße in Derbendi Korré aufgestellt.

⁵ Vgl. Sayyid Kaka, 2000, S.333-336.

⁶ Vgl. Randal, 1997, S.151; und Sayyid Kaka, 2000, S. 331-336.

⁷ Vgl. Schmidt, 1994, S.34.

der Zerschlagung auch des kurdischen Aufstandes die Rede. Aber angesichts dieses Widerstandes – und der Gefahr einer neuen Intervention der Alliierten – entscheidet das Regime in Bagdad nun keine Offensive mehr gegen die Kurden zu starten.¹

Die Versorgungslage in den Gebieten, die noch von den Peshmergas kontrolliert und verteidigt werden, ist zwar sehr kritisch, dennoch erreicht die Flüchtlinge dort keine humanitäre Hilfe aus dem Ausland. Schwarzhandel wird von den Komitees der Kurdistan-Front hart bestraft; um den Wucher in den Griff zu bekommen, dürfen Waren aus dem Iran nur zu offiziell festgelegten Preisen verkauft werden.

In einem Interview mit der deutschen Journalistin Lissy Schmidt [Milena Ergen]² im Hauptquartier der Kurdistan-Front in (der noch befreiten Stadt) Rawandiz kommentieren die Widerstandskämpfer die Nachrichten des britischen Rundfunksenders BBC in diesem Zusammenhang: *„Warum ist immer nur vom Schutz der Flüchtlinge die Rede? Wir wollen hier in den befreiten Gebieten unterstützt werden. Wir brauchen hier Hilfe im Kampf gegen die irakischen Truppen. Wir wollen die Situation hier stabilisieren, doch dabei unterstützt uns niemand. Natürlich müssen wir heute die humanitäre Hilfe annehmen, doch wir haben auch das Recht zu sagen, dass sie falsch gewichtet ist.“*³

3.2.3. Internationale Solidarität mit den Kurden

Die Tragödie der Kurden bzw. das Ausmaß des Flüchtlingsexodus (insgesamt registriert der UNHCR in den Monaten April und Mai 1991 etwa zwei Millionen Flüchtlinge)⁴, die Not der Flüchtlinge an der türkischen Grenze und die Schrecken der Flüchtlingslager in der Türkei und im Iran (nach offiziellen Angaben der USA sind ungefähr 13.000 Kurden während der Flucht ums Leben gekommen,⁵ etwa 6700 von ihnen sind laut US-Gesundheitsbehörden während der katastrophalen Lage in den ersten drei Wochen an der türkischen Grenze gestorben⁶), rühren endlich am Gewissen der internationalen Gemeinschaft, besonders in Europa und den USA.

Allerdings wird erst nach der Massenflucht der eingeschüchterten Zivilbevölkerung Kurdistans die kurdische Frage (in Irakisch-Kurdistan) international beachtet.

Anscheinend werden die Kurden nicht mehr von der Geschichte vergessen und von der Weltöffentlichkeit allein gelassen. Es entsteht diesmal eine weltweite Entrüstung über das neue Verbrechen gegen sie und ein ernsthaftes Engagement für sie. Das große Unglück der Kurden in Irakisch-Kurdistan ist diesmal wohl von zwei positiven Aspekten begleitet worden: Die einzigartige (beispiellose) Einigkeit der Kurden untereinander und die große Sympathie der Weltöffentlichkeit für die leidenden Flüchtlinge bzw. die deutliche Solidarität der Weltgemeinschaft mit ihnen.

Die internationalen Medien, besonders in Europa und den USA, spielen dabei eine bedeutende Rolle. *„Ist das kuwaitische Öl wichtiger als kurdische Menschenleben“*, wird in der Weltpresse von unterschiedlichen Journalisten gefragt. *„Wo sind die USA, wenn es um Völkermord geht?“*⁷ Arnold Hottinger stellt in einem Beitrag diesbezüglich fest: *„Noch nie habe die Welt die Not der Kurden so deutlich zur Kenntnis genommen.“*⁸

¹ Vgl. McDowall, 1997, S.375.

² Die Journalistin Lissy Schmidt (Milena Ergen), Jg. 1959, wird später (am 3. April 1994) auf dem Weg zwischen Sulaimaniya und Halabja von Agenten des irakischen Geheimdienstes „al-Mukhabarat“ ermordet.

³ Zitiert nach Schmidt, 1994, S.36.

⁴ Leukefeld, 1996, S.116.

⁵ Keesing's Record of World Events, vol. 37 (1991), in: Cook, 1995, S.36.

⁶ Randal, 1997, S.68.

⁷ Zitiert nach Schmidt, 1994, S.38.

⁸ Hottinger, 1991, S.21.

Der britische Premierminister, John Major, fühlt sich persönlich verpflichtet, für die kurdischen Flüchtlinge, etwas Effektives zu tun, um sie von den – mit Schnee bedeckten – Bergen herunter und wieder nach Hause zurückbringen zu lassen. Darüber hinaus möchte er der kurdischen Frage im Irak die Perspektive einer politischen Lösung über die UNO verleihen.¹ Wahrscheinlich empfindet Major dabei Gewissensbisse wegen der ungerechten Haltung der Briten gegenüber den Kurden (besonders in Südkurdistan) nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, und er mag damit das Unrecht einigermaßen wiedergutmachen.

Der BBC-Korrespondent John Simpson erklärt in dieser Hinsicht, dass die Anteilnahme, die der Westen den Kurden um diese Zeit entgegenbringt, einen „Hauch von Schuldgefühlen“ aufweist.² Dazu schreibt ebenso Jonathan Randal:

„Many Britons had what one diplomat termed a ‘historic guilt complex’ about the Kurds.“³

Auch Frankreich setzt sich energisch für eine Schutzmaßnahme für das kurdische Volk in Irakisch-Kurdistan ein. Die Frau des französischen Präsidenten Francois Mitterrand (Madame Mitterrand) die in humanitären Angelegenheiten sehr aktiv ist, spielt eine wichtige Rolle bei der Solidarität der Franzosen mit den Kurden.⁴ Präsident Mitterrand, der von der Not der Kurden tief bewegt ist, setzt sich persönlich dafür ein, etwas Wirksames für die kurdischen Flüchtlinge zu tun. Er verlangt vom UNO-Generalsekretär, eine geeignete Maßnahme in dieser Hinsicht zu ergreifen, sonst würde Frankreich selbst in Aktion treten.⁵

Das belgische Parlament beschließt am 13. März 1991 mit Stimmen aller Fraktionen, die Kurdenfrage vor den Sicherheitsrat zu bringen.⁶

Als der amerikanische Außenminister ein Flüchtlingslager am 7. April 1991 (in *Cukurca*) in der Türkei besucht und sich die entsetzliche Lage der Flüchtlinge an der Grenze ansieht, ist er erschüttert; auch er will sich für ihre Hilfe maßgeblich einsetzen. Er telefoniert deswegen sogleich mit Präsident Bush, Verteidigungsminister Richard Cheney und UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar.⁷

Der damalige deutsche Außenminister Genscher will Rückkehrgarantien für die kurdischen Flüchtlinge in der Waffenstillstandsresolution 687 (am 3. April 1991) verankert wissen, kann sich aber nicht durchsetzen.⁸

Im Mai 1991 appellieren europäische Menschenrechtsorganisationen, Institutionen und Persönlichkeiten u.a. an die Regierungen der europäischen Staaten und der Vereinigten Staaten von Amerika, über die Befreiung Kuwaits hinaus „die Menschen- und Volksgruppenrechte und den Anspruch auf demokratisch verfasste Lebensformen – der Völker im Irak und namentlich der Kurden und Assyrer – nicht aus den Augen zu verlieren.“ Die Unterzeichner erklären darin die Schaffung einer durch internationale Garantien abgesicherten Autonomen Region in Irakisch-Kurdistan für unabdingbar.⁹

Es ist wohl zu bemerken, dass während der Volksaufstände der Schiiten und der Kurden bzw. während des Massakers an den arabischen Schiiten im Süden oder der Tragödie der Kurden in Kurdistan kein Solidaritätsakt und gar keine Sympathiebekundung in den (sunnitisch-) arabischen Ländern gezeigt wird,¹⁰ weder von der Öffentlichkeit (der Bevölkerung, den oppositionellen Islamisten, den intellektuellen Kreisen, den Medienberichterstatern) noch

¹ Vgl. Schmidt, 1994, S.40.

² Simpson, 1991, S.517.

³ Randal, 1997, S.59.

⁴ Hottinger, 1991, S.25; vgl. auch Nye and Smith, 1992, S.27; Randal, 1997, S.60.

⁵ Randal, 1977, S.61.

⁶ Saydam, 1991, S.120.

⁷ Randal, 1997, S.65-66; vgl. auch Schmidt, 1994, S.40.

⁸ Schmidt, 1994, S.39.

⁹ Zülch, 1991, S.128.

¹⁰ Vgl. Chaliand, 1994, S.3, in: Mahmoud, 2001, S.214.

offiziell von den Regierungen, weder gegenüber den (sunnitischen) Kurden – weil sie eben keine Araber sind – noch gegenüber den (arabischen) Schiiten – weil sie doch keine Sunniten sind. Im Gegenteil: Man spürt, dass eine breite Masse der Bevölkerung in den arabischen Ländern die barbarischen Handlungen des Diktators bei der Zerschlagung der Volksaufstände gutheißen und fast alle Regierungen sie einfach stillschweigend hinnehmen.

Wie sollte man diese Haltung nun interpretieren bzw. analysieren?

Liegt das daran, dass die Bevölkerung in diesen Ländern politisch unbewusst oder radikal nationalistisch (panarabisch) und extrem konfessionalistisch (sunnitisch) ist?

Ist dies Ausdruck des verschärften Antiamerikanismus (wegen der ständigen Parteinahme der USA für Israel im arabisch-israelischen Konflikt) auf Kosten der Fortsetzung des Leidens der irakischen Bevölkerung bzw. deren Unterdrückung durch die Baath-Diktatur?

Weil sich der irakische Diktator Saddam Hussein – wegen des Beharrens auf der Besetzung Kuwaits – quer gegen die USA oder den Westen und Israel gestellt bzw. sich mit ihnen angelegt hat, macht es der Bevölkerung dieser Länder anscheinend nichts aus, dass er drei Kriege gegen das islamische Nachbarland Iran, das arabische Nachbarland Kuwait und gegen die internationale Koalition eben wegen seiner ungebremsten Brutalität vom Zaun gebrochen hat, und dass er ein gewissenloser Despot ist und seit über zwei Jahrzehnten sein eigenes Volk brutal unterdrückt?

Ihr illusorischer (arabischer und islamischer) Held darf und soll also all seine „bösen Feinde und Verräter“ (die gesamte aufständische Bevölkerung) im Irak abschlachten!

Anstatt den Opfern Beistand zu leisten, solidarisieren sich diese Leute schlicht und einfach mit dem Täter. Diese primitive Haltung schadet in der Tat sowohl der Einheit der arabischen Völker als auch der Harmonie der Moslems in der Region, da sie die Verachtung bzw. den Hass der Schiiten und der Kurden überall (aber auch der Iraner und Kuwaitis) gegen die stillschweigenden bzw. die leidenschaftlichen Anhänger des Diktators in diesen Ländern erzeugt bzw. schürt.

Und die angebliche Sorge um die Einheit des Iraks, mit der die Regierungen dieser Länder ihr Stillschweigen begründen, oder die tatsächliche Sorge um die politische Stabilität in den eigenen Staaten, kann diese Regierungen von ihrer moralischen Verantwortung und humanitären Pflicht gegenüber der unterdrückten Bevölkerung Iraks überhaupt nicht befreien.